Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 5 (1976)
Heft: 5

Heft

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 25.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

5. Jahrgang Nr. 5
20. Mai 1976
Kiosk Fr. 1.50

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 36 000

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 75 30

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00

Abonnemente: pro Jahr Fr. 16.– (Ausl. 20.–) · Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Ciba-Geigy an Arzneimittelskandal in Japan beteiligt *Seite 2*

200 Millionen für die Weltbank?
Entwicklungshilfe kritisch durchleuchtet *Seite 3*

Sanftes Werben für harte Atomenergie *Seite 4*

Rückschritt in der Berufsbildung
Stellungnahme der SGB-Jugend zum BIGA-Entwurf *Seite 5*

Arbeitsplätze für Kanonen *Seite 6*

Wirtschaftskrise und Unterdrückung in Chile *Seite 7*

SPK: Blick in den Nachrichtentrichter *Seite 9*

Revolutionsverdacht in der Schweiz?

Die Schweiz – eine Drehscheibe für die undurchsichtigen Machenschaften multinationaler Konzerne, für Waffenschieber und Kriegsgewinnler, ein Hort für Fluchtgelder aus der dritten Welt. Die Schweiz, eine Nation, in der eine kleine Anzahl wirtschaftlich Mächtiger Parlament, Regierung und Verwaltung weitgehend beherrscht und vor allem der Politik gegenüber der dritten Welt den Stempel aufdrückt. So revidiert Ziegler in seiner Kampfschrift das international so profitabel verwertbare Image der Schweiz als Hort der Demokratie und der selbstlosen internationalen Rot-Kreuz-Solidarität, als Insel des Friedens und der Neutralität. Die Schweiz, also nicht «über allen Verdacht erhaben», sondern höchst verdächtig.

In der aus engagiert sozialistischer Perspektive formulierten Demaskierung des «heilen» Bildes der Schweiz bringt Ziegler leider kaum neue Informationen und konkrete politische Perspektiven. An vielen Stellen bleiben Zieglers Ausführungen zu stark an der Oberfläche verhaftet, wird die Analyse der aus ethischen Motiven legitimerweise kritisierten Verhältnisse zu wenig radikal (= an die Wurzeln vorstossend) vorangetrieben. Dementsprechend sind die politischen Schlussfolgerungen oft recht vage und widersprüchlich, eher aufgesetzt denn im Rahmen einer gründlichen materiellen Analyse der wirtschaftlichen und politischen Realität «Schweiz» entwickelt:

- *Nach Ziegler steuern 26 wirtschaftlich mächtige Personen die Geschicke der Schweiz (aus dem Hintergrund). Um welche Personen es sich dabei handelt, erfährt man nicht. Die Rechtsanwälte des Verlages haben kurz vor der Drucklegung des Buches die Liste – weil «juristisch zu heiss» – entfernt. Doch was tut's: Anstatt aufzuzeigen, in welcher Art und Weise die immense Machtfülle dieser «Gnomen» durch die Struktur des Systems bedingt ist und diese zugleich aufrechterhält, leistet Ziegler mit seinem «Gnomenkult» der sowieso schon weit verbreiteten personenfixierten «Kapitalismuskritik» Vorschub. Also der oft moraltriefenden Illusion, dass durch die blosse Entmachtung der Schlüsselfiguren die Sturktur des Systems und die Logik seines Funktionierens verändert werden kann.*
- *Ziegler, in die SPS eingetreten «in der Hoffnung, zusammen mit Freunden die Partei von innen heraus zu einer revolutionären Kraft umfunktionieren zu können», glaubt nicht (mehr) an einen parlamentarischen Weg zum Sozialismus. Nach seiner Meinung besteht die Gefahr, dass die Linke, wenn sie eine Mehrheit über die Wahlen erreicht, schlussendlich nur die bürgerliche Macht übernimmt und effizienter verwaltet (wie die SPD): «Le parti socialiste suisse ne doit plus être la Croix-Rouge du capitalisme.» Wenn die Linke hingegen die Lebensbedingungen grundsätzlich verändern wolle, so sei der Bruch, die Revolution, notwendig – und in der Schweiz auch möglich: «La productivité et le bien-être comme les contradictions objectives visibles du système capitalist sont les plus avancés en Suisse. Tout est aujourd'hui possible dans ce pays, y compris la révolution.» Alles ist möglich – abstrakt; die abstrakte Möglichkeit jedoch erst bei einer kleinen Minderheit ein praktisches Bedürfnis.*

In der Widersprüchlichkeit seiner taktischen Argumentation (einserseits demaskiert er das Parlament als «gekauft», andererseits beklagt er sich, dass er in eben diesem Parlament mit seiner Grundsatzkritik «nicht ankomme»), in der messianistischen Beschwörung des grundlegenden Bruchs reflektiert sich die prekäre Situation Zieglers: ein isolierter Linksintellektueller im Zentrum des «Monstrums», in einer Situation, in der eine sozialistische Bewegung erst (wieder) in Ansätzen vorhanden ist.

Rolf Nef

Wer bestimmt unser Gesundheitswesen?

Ärzte verteidigen ihre Pfründe

rk. Es wird in der Schweiz sehr viel von Ärzteüberfluss geredet, derweil der Patient Mühe hat, einen Arzt in nützlicher Nähe und Frist zu finden. Aber trotz dieser misslichen Situation (die auch in der Zahl der Ärztedichte festgestellt werden kann, CH 1974: 1 Arzt pro 1057 Einwohner, Norm der Weltgesundheitsorganisation: 1 Arzt pro 500 Einwohner) reagieren die Behörden bei der Ärzteausbildung nicht mit der Schaffung von genügend Studien- und Assistenzplätzen, sondern mit Beschränkungen und Restriktionsmassnahmen (z.B. zwangsweise Studienortzuteilung, Numerus clausus). Der Artikel versucht, mit Zahlenmaterial nachzuweisen, weshalb die Standesorganisation der Ärzte ein schlechter Sachwalter unseres Gesundheitswesens ist.

Die Ärzteschaft bildet im Gesundheitswesen das mittlere und höhere Kader. Sie bestimmt über einen erheblichen Teil des Volkseinkommens faktisch ohne eine direkte demokratische Kontrolle. Die Ärzte sichern sich diese Macht durch eine hierarchisch strukturierte und autoritär geführte Standesorganisation, welche die gesamte Ärzteschaft umfasst und welcher sich auch kein Arzt bis jetzt entziehen konnte. Z. B. kann der einzelne Arzt seine Ausbildung zu den staatlich anerkannten Titeln (Spezialarzt FMH und Arzt für allgemeine Medizin FMH) nur im von der Schweizerischen Ärztegesellschaft vorgegebenen Rahmen erwerben.

Numerus clausus, Assistenzstellenmangel und Ärzteüberfluss

Die Entscheide über die medizinische Infrastruktur werden vom Staat immer aufgrund der Empfehlungen der Ärzteschaft gefällt. In der Vernehmlassung und in den Kommissionen sind die Ärzte übervertreten. Gut bekannt ist die übermässig starke Position der Ärzteschaft bei der KUVG-Revision (Kranken- und Unfall-Versicherungs-Gesetz).

Gesamtaufwand des schweiz. Gesundheitswesens 1973	pro Kopf der Bevölkerung 1100 Fr.	total (in Mio. Fr.) 6800	
davon für Spital inkl. Baukosten (680 Mio.)		3500	= 52%
davon für ambulante Medizin		1500	= 22%
davon für Arzneimittel		1200	= 16%

Die Gesamtaufwendungen der Schweiz für das Gesundheitswesen im Jahr 1973 von 6,8 Mrd. Fr. (ohne Ausgaben für Orthopädisten, Hebammen, Naturheilärzte, kantonal approbierte Zahnärzte (Dentisten), Brillen, Hörgeräte, Rollstühle usw.) entsprechen 5% des Bruttosozialprodukts, oder anders gesagt, 9,6% des AHV-pflichtigen Erwerbseinkommens.

Bei einer Zunahme der Ärztezahl wird die Ärzteschaft nicht mehr in der Lage sein, als einheitlicher Block aufzutreten. Die Monopolstellung der Ärztehierarchie wird Risse bekommen, und durch die grössere Konkurrenz wird das Einkommen der Ärzte sinken. Die Stellung des Volkes wird in der Folge potentiell gestärkt.

Wenn also seit einiger Zeit von Ärzteüberfluss, Numerus clausus (NC) für Medizinstudenten und Assistentenstellenmangel geredet wird, darf das nicht nur als medizininterne Aufregung um die Verteilung eines bis vor kurzem übermässig gewachsenen «Kuchens» verstanden werden; das Interesse müsste allgemeiner sein, wenn man zusätzlich bedenkt, wie wenig die ärztliche Tätigkeit der öffentlichen Kontrolle untersteht. Zudem bedroht der NC bei den Medizinstudenten auch benachbarte Fächer und die Struktur der Mittelschulen.

Der drohende Numerus clausus

Seit Jahren spricht man vom drohenden NC bei den Medizinern. Die Gründe für die geplante Einführung eines NC liegen im vorklinischen Studium (erster und zweiter Jahreskurs) anders als in der Klinik. *Vorklinik:* Im Wintersemester 1973/74 haben gesamtschweizerisch 1214 (Vorjahr 1113) Studenten ein Medizinstudium begonnen. Eine eidgenössische Stelle (Cep-REM) besorgte die zentrale Vergabe von Studienplätzen ohne eine rechtlich haltbare Grundlage (zumindest für den Kanton Zürich besteht keine Rechtsgrundlage vgl. Universitätsgesetz). Einige Studenten wurden zum Studienbeginn ins Welschland gezwungen – übrigens ohne eine verbindliche Zusicherung für die Fortsetzung des Studiums in den klinischen Semestern.

Trotzdem sind die Kapazitäten in der Vorklinik nicht wirklich ausgelastet: In Zürich konnten z. B. seit 1972 nie mehr als 360 Studenten ihr Studium beginnen, obwohl 1971 396 Anfänger akzeptiert wurden. 1972 wurde auch ein Plan schubladisiert, welcher Investitionen für ca. 30 000 Fr. für Chemielaborplätze gestattet hätte, und jedes Jahr in Zürich 480 Studienanfänger ermöglichen würde.

Andere Universitäten haben ihre Anfängerplätze schon ein oder zwei Jahre früher auf einem willkürlich niedrigen Niveau gehalten, nachdem sie vorher z. T. schon grössere Anfängerzahlen bewältigt hatten. Ausser in Zürich besteht an allen Universitäten ein formalrechtlicher NC für Medizin.

In den *klinischen Semestern* ist die Situation viel schwieriger zu beurteilen und zu belegen. Die Vorlesungen dürften zumindest in Zürich noch lange keinen Engpass darstellen; mittels Fernsehübertragung in andere Hörsäle hat man eine schon heute praktizierte Ausweichmöglichkeit für grosse Studentenzahlen zur Hand.

Der angeblich grösste Engpass sind die klinischen Kurse am Krankenbett. Doch auch hier können einem berechtigte Zweifel kommen, wenn man bedenkt, dass durch die Verkürzung des vorklinischen Studiums um ein Semester im Rahmen der Umstellung auf den Rossi-Plan (Reform der Studienzeit mit Verkürzung auf 6 Jahre, vgl. Zürcher Student Nr. 52/4) zwei Jahreskurse in der Klinik auf der gleichen Ausbildungsstufe standen und trotzdem ohne grössere Schwierigkeiten aneinander vorbei kamen; d. h. es wurden fast doppelte Studentenmassen bewältigt! Der Ausbau des Klinikums St. Gallen als Ausbildungsstätte für Studenten scheiterte an einem 6-Mio.-Kredit (vgl. diesen Betrag mit den Gesamtausgaben von 6,8 Mrd. Fr. für das Gesundheitswesen).

Ist der NC also ein Phantom? Die Universitätsorgane selbst sind kaum interessiert am NC, bringt doch eine Beschränkung der Studentenzahlen eine Beschränkung des Budgets, da der Bund bis anhin die Studentenzahlen subventionierte. In der Medizinischen Fakultät sieht das schon anders aus, ist doch die Ausbildung von Studenten für die Direktoren vielfach hauptsächlich eine Behinderung ihrer Forschungstätigkeit und eine Belastung für den Klinikbetrieb.

Der grösste Druck kommt aber sicher von den Ärzten und ihrer Standesorganisation selbst. Es vergeht kaum ein Monat, in dem nicht in der «Ärztezeitung» über Assistenzstellen, Ärzteüberfluss und NC geschrieben wird. Vielfach spürt man direkt die Angst um den Anteil am grossen «Kuchen», wenn Assistenten oder etablierte Ärzte beschwörend verkünden, man müsse dem Andrang des Nachwuchses einen Riegel schieben.

Assistentenstellenmangel

Bis vor zwei Jahren konnte jeder frisch diplomierte Arzt in jeder beliebigen Spezialität sofort eine für die Ausbildung zum FMH anerkannte Stelle finden. Seither haben sich die ersten Anzeichen einer Stellenverknappung erstmals seit den 50er Jahren bemerkbar gemacht. Abgelegene und für die Post-graduate-Ausbildung nicht anerkannte Spitäler finden heute wieder leichter Assistenten und Oberärzte. Zukünftige Allgemeinpraktiker haben vermehrt Schwierigkeiten, eine vernünftige Post-graduate-Ausbildung zu absolvieren. Chefärzte bevorzugen zukünftige Spezialärzte ihres eigenen Fachbereiches.

	1973	1974	1978
Anzahl vorhandene Assistentenstellen	5500	5500	5500**
Anzahl Assistenten und Oberärzte davon Frauen davon mit FMH	4186* 866* –	4489* 935* 534*	6200** – –
Medizinstudenten im 1. Semester	1113*	1214*	?
Diplomierungen (Staatsexamen)	673*	748*	1200**
Anzahl Ärzte in freier Praxis	5900*	6085*	7300**
Einwohner pro prakt. Arzt	1082*	1057*	850**
Total der Ärzte	11641*	12257*	–

* Schweizer und anerkannte Flüchtlinge
** extrapolierte Zahlen. Über die Anzahl der ausländischen Ärzte in der Schweiz existieren keine zuverlässigen Zahlen; es sind mindestens 1000; d.h. schon 1974/75 waren die vorhandenen Stellen vollständig besetzt.

Die generelle Stellenplafonierung in den staatlichen und halbstaatlichen (subventionierten) Spitälern lässt für die nächsten Jahre kaum eine Vermehrung der etwa 5500 Assistenten- und Oberarztstellen in der Schweiz erwarten. Für die Anstellung von Assistenten sind in der Schweiz die Klinikdirektoren verantwortlich. Die Anzahl Stellen und deren Rahmenbedingungen legen die Kantonsregierungen fest; für den Kanton Zürich z. B. gilt die Verordnung vom 28. 11. 1963. In andern Kantonen gibt es meist ähnliche Regelungen.

Die jährliche Zunahme der Gesamtassistentenzahl beträgt etwas mehr als 300, weil die Abgänge in die freie Praxis, in die Industrie und ins Beamtentum nicht in dem Mass zunehmen wie die Diplomierungen. Die Durchschnittsassistenzzeit beträgt 10 Jahre (Spezialisten 11, Allgemeinpraktiker 7,5). Da 1978 zwei Jahreskurse (Rossi-Plan-Einführung) zur Diplomierung gelangen, ist schon für Ende 1978 mit 6200 Assistenten und Oberärzten schweizerischer Nationalität bzw. Flüchtlingen zu rechnen. Dabei muss man im Auge behalten, dass heute mindestens 1000 ausländische Ärzte in den Spitälern arbeiten.

Wie gesagt sind nur 5500 Stellen vorhanden. Ohne Sofortmassnahmen ist für 1979 also mit einer erheblichen Zahl von arbeitslosen Ärzten zu rechnen; es ist fraglich, ob ab 1979 überhaupt mehr als 50 % der Studienabgänger eine ärztliche Arbeit finden werden.

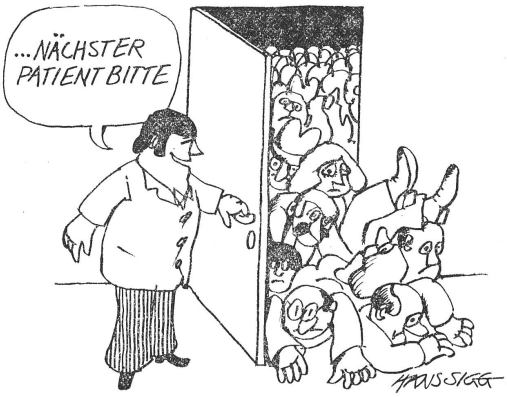
Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 55 h/Woche. An gewissen Kliniken wird aber bis zu 80 h/Woche gearbeitet, wobei die Zeit für persönliche Weiterbildung noch dazugerechnet werden muss. In den Anstellungsverträgen findet sich denn auch häufig der ominöse Satz: «*Die Arbeitszeit richtet sich nach den Bedürfnissen des Instituts.*»

Ärzteüberfluss?

Im Budapester Symposium der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1968 wurde eine Ärztedichte von 1 praktizierenden Arzt auf 450 bis 500 Einwohner als ideal angegeben; doch weshalb soll ausgerechnet diese Zahl für die Schweiz ideal sein? Alle nach 1970 entstandenen Studien geben 1980 als Datum für den Beginn eines Ärzteüberflusses an. Wenn man die heutigen Zahlen extrapoliert, ergibt sich in der Schweiz erst auf 1984 oder 1985 eine Ärztedichte von 450 Einwohnern auf einen Arzt. Wenn sich aber – wie zu erwarten – die Durchschnittsassistenzzeit von gegenwärtig 10 Jahren verkürzt, sei es nun durch reglementarische Massnahmen oder durch erhöhte Konkurrenz um Assistentenstellen, darf schon ab 1982 eine «ideale» Ärztedichte erwartet werden.

Fortsetzung auf Seite 2

«Ein Netto-Einkommen von (1973) 175 000 Fr. ist für einen frei praktizierenden Schweizer Arzt vollauf gerechtfertigt», hält die «Schweizer Ärzte-Information» fest; es hält dem Vergleich mit Zehntausenden von Einkommen und Gehältern in Wirtschaft, Staatsverwaltung usw. durchaus stand.» (7. 4. 76)



Fortsetzung von Seite 1

1974 traf es gesamtschweizerisch einen Arzt auf 1057 Einwohner. Von 1940 bis heute ist die Ärztedichte in den Städten und gesamtschweizerisch *gestiegen*, auf dem Lande aber von 1818 Einwohnern je Arzt in freier Praxis im Jahr 1940 auf 1959 Einwohner im Jahr 1974 *gesunken*. Die Prozentzahlen der Allgemeinpraktiker ist im gleichen Zeitraum von 56% auf 38% abgesackt. Die durchschnittliche Arbeitszeit der praktizierenden Ärzte beträgt 55 h/Woche. Für eine regelmässige Fortbildung ist neben andern Gründen vor allem der Zeitmangel ein grosses Problem.

		1973 Einkommen pro Kopf in Franken	Gesamtaufwand in der Schweiz 1973
Ärzte im Spital		50 000	303 Millionen
übriges med. Personal		19 000	836 Millionen
Ärzte in freier Praxis	– brutto – netto	263 000 175 000	1509 Millionen 1006 Millionen
Assistenzarzt im rel. gut bezahlenden Stadtzürcher Spital Triemli (1976 im 3. Jahr)		40 000	—

Spitalärzte verdienen im Durchschnitt 2,8mal mehr als das übrige Personal. Das Durchschnittseinkommen der Ärzte in freier Praxis ist höher als angegeben, da die in der Statistik miteingerechneten Chefarztgehälter im Durchschnitt höher sind als diejenigen der übrigen. Nach Einsicht in Steuerauszüge von Chefärzten ist mit Einnahmen von 200 000 Fr. bis zu 1 Million Fr. zu rechnen.

Entwicklungen und Lösungsvorschläge

Über die nächste Entwicklung des NC-Problems lässt sich wohl kaum heute schon eine seriöse Angabe machen. Gesetzliche oder anderweitige reglementarische Grundlagen für die Durchführung eines echten NC liegen keine auf dem Tisch, insbesondere ist noch gar nicht klar, nach welchen Gesichtspunkten die Studienplatzvergabe erfolgen soll.

Wie sich die Zahl der Assistenzstellen und die Menge der freien Ärzte verändern werden, hängt sehr von den zu treffenden Massnahmen ab: Die Durchschnittsassistenzzeit von 10 Jahren wird entweder durch Reglementierung oder durch die vermehrte Konkurrenz rasch absinken. Die Zahl der frei praktizierenden Ärzte wird sich in enger Abhängigkeit von der Durchschnittsassistenzzeit entwickeln. Die Gesamtzahl der Ärzte wird in Zukunft vermehrt durch Auslandsaufenthalte und Abwanderung in die dritte Welt oder europäische Länder beeinflusst werden.

Zur Beurteilung von Lösungsvorschlägen muss man sich ständig vergegenwärtigen, dass die Anzahl der Ärzte die Qualität und den Charakter unseres Gesundheitssystems wesentlich bestimmt. Die hauptsächliche Kritik am Gesundheitswesen richtet sich gegen seine Unmenschlichkeit. Der Spitalbetrieb, aber auch die ambulante Medizin in der Praxis behandelt den Patienten als Werkstück. Die Beziehung Patient–Arzt ist durch viele Faktoren gestört: Der *Zeitmangel* der Ärzte ist wesentlich durch die Gesamtzahl der tätigen Ärzte bestimmt. Der *Wissensstand* der Ärzte wird durch den Zeitmangel stark herabgesetzt. Welcher Arzt kann schon nur 10% der Zeit für Weiterbildung aufwenden? Der *Einsatz von technischen Geräten* verteuert die Medizin unverhältnismässig; der Begriff der «Kostenexplosion» beschreibt aber die Verhältnisse nur sehr ungenau, wenn dem medizinischen Personal die Schuld daran zugeschoben wird. Die technischen Apparate vermindern wohl den Zeitaufwand des einzelnen Arztes, vergrössern aber insgesamt den personellen Einsatz überproportional. Die Organisation in *Einzelpraxen* vergrössert die Anzahl Apparaturen und zugehörigen technischen Personals enorm. Technisches Personal ist auch ungenügend für die Betreuung von Patienten ausgebildet. In der technisierten, hierarchisch strukturierten Umgebung wird der Patient nur noch als Ware empfunden und behandelt. Die *Psychopharmaka* vermindern die «zeitliche Belastung» des Arztes pro Patient. Der Patient hätte aber sicher einen grösseren Nutzen von einem intensiven, «zeitraubenden» Gespräch. Nebenbei: Die psychologische Ausbildung eines Mediziners beträgt weniger als 100 Stunden.

Die grundsätzlichen Fragen in Zusammenhang mit den Ärztezahlen müssen also heissen: Wollen wir ein Gesundheitswesen, welches 1. den menschlichen Kontakt mit genügendem zeitlichen Einsatz vermehrt, 2. bessere Diagnostik betreibt (z. B. Früherkennung) unter Minimierung des technischen Einsatzes durch besser ausgebildete und weitergebildete Ärzte, 3. eine systematische Präventivmedizin einführt, welche nur durch vermehrten personellen Einsatz zu bewerkstelligen ist, 4. die Entfremdung vom Kranksein und vom eigenen Körper vermindert durch Gesundheitserziehung, Aufklärung und praktische Instruktionen für Selbstuntersuchung usw.? Hierzu müsste auch eine gezielte Ausbildung der Ärzte stattfinden.

Von verschiedener Seite sind als Überbrückungsmassnahmen oder Lösungen folgende Vorschläge veröffentlicht worden: 1. Schweizer Bewerber um Stellen oder gar Praxiseröffnungen sind Ausländern vorzuziehen. Diese Restriktionen gegen ausländische Ärzte werden schon rigoros durchgeführt. 2. Propaganda für den Zahnarztberuf. Propaganda für Abgang in die Forschung. 3. Auswanderung: Dass die teuer ausgebildeten Ärzte in Entwicklungsländern tatsächlich zugunsten der dortigen Bevölkerung arbeiten, hat zur Bedingung, dass sie dort nicht einfach unsere westliche hochspezialisierte Medizin betreiben, sondern dass sie beim Aufbau eines adäquaten Gesundheitssystems mitarbeiten; dazu benötigen sie eine spezielle Ausbildung. 4. Straffung der Post-graduate-Ausbildung durch zentrale Stellenvermittlung, Stellenwechsel an bestimmten koordinierten Daten, Vermeidung von Mehrfachanmeldungen zu gleicher Zeit oder für eine Stelle: Das ist eine sicher leicht zu realisierende Massnahme. Eine von der Ärztegesellschaft unabhängige Stelle wäre wünschenswert. 5. An jeder Klinik soll ein Minimum an kurzfristig und kurzzeitig belegbaren Stellen freigehalten werden, damit für Allgemeinpraktiker und Fachfremde noch genügend Ausbildungsplätze bleiben. 6. Verkürzung der Assistentenzeit auf 7 Jahre mit Bewilligungspflicht für Ausnahmen: Im Kanton Zürich wird demnächst ein parlamentarischer Vorstoss in den Punkten 5. und 6. erfolgen. Ob eine Verkürzung der Assistentenzeit nicht zu schlechter ausgebildeten Ärzten führt, muss man sich aber fragen. Auf alle Fälle bringt sie eine weitere zeitliche Intensivierung der ohnehin schon durch den Rossi-Plan gedrängten Ausbildung. Die Anzahl der Assistenten im staatlichen Sektor des Gesundheitswesens würde so, trotz höherem Output an Ärzten, konstant bleiben. Zusätzlich sinkt durch eine grössere Rotation der Assistenzärzte in den Spitälern die Qualität des staatlichen Sektors des Gesundheitswesens.

Dieser Vorschlag scheint momentan die grösste Chance für eine Realisierung zu haben; er wird vom Assistentenverband propagiert. Tatsächlich könnte durch eine rasche Verwirklichung die drohende Arbeitslosigkeit der jungen Ärzte verhindert und die positive Entwicklung der Gesamtärztezahl nicht gebremst werden.

7. Anerkennung weiterer Spitäler für die FMH-Ausbildung und Anerkennung von Praxisvertretungen: Dies wäre eine juristisch komplexe Frage. Sie würde z. B. Reglementierungen für Privatspitäler erfordern; teilweise wäre sicher ein Einfluss des Staates mittels Subventionen und an sie geknüpfte Bedingungen möglich. Diese Vermehrung der Assistentenstellen wäre in jeder Beziehung wünschenswert. 8. Arbeitszeitreduktion der Assistenten durch Stellenvermehrung: Natürlich kann eine solche Forderung nur durch einen gewerkschaftlichen Kampf eingelöst werden. 9. Gesamtschweizerischer NC: So könnten im Gesundheitswesen die alten Privilegien der Ärztehierarchie gegen die berechtigten Bedürfnisse der Bevölkerung dank der Einschränkung des Angebots an ärztlicher Leistung und Bewahrung der Monopolstellung weiterhin aufrechterhalten werden. Die Zeitnot und damit der Einsatz von weiteren Apparaten und Medikamenten zur Rationalisierung würden bleiben. Auch die Interessen der Apparate- und der chemischen Industrie könnten sich weiterhin leicht durchsetzen.

Durch Senkung des technischen und personellen (medizinisch-technisches Personal) *Aufwandes pro Arzt* kann die Kostenexplosion trotz Steigerung der Ärztezahl eingedämmt werden: Der einzelne Arzt wird und soll in Zukunft über weniger Personal und technische Apparate verfügen. Der technische Gesamtaufwand wird natürlich nicht zurückgehen, muss aber besser organisiert werden. Eine solche Neuordnung muss gegenüber der Ärzteschaft durchgesetzt werden. Die allgemeine Ärztedichte und die Gesamtzahl der Ärzte in der Schweiz ist abhängig vom politischen Wollen. Auch die Verteilung der Ärzte in frei praktizierende und Assistenzärzte ist eine Frage der Zielsetzung im Gesundheitswesen; es ist im Grunde die Frage nach Ausweitung des staatlichen Bereichs im Gesundheitswesen, z. B. im Sinn eines Ausbaus der poliklinischen Dienste. Diese Umstrukturierungen könnten theoretisch sogar ohne Kostensteigerungen durchgeführt werden. Wenn man den Anteil des Staates an den Privatpatientenhonoraren der Chefärzte öffentlicher Spitäler von höchstens 30% heraufsetzen würde – es scheint, dass ein Bundesgerichtsentscheid in dieser Frage bei geschickter Argumentation die Rechtsgrundlage liefern könnte –, könnten Gelder für eine beträchtliche Zahl Assistenzärzte freigemacht werden. Man kann sich auch fragen, ob nicht die Nettogehälter der freien Ärzte um je ein Assistenzarztgehalt gekürzt werden könnten. Ein Assistenzarzt mehr ist für den Patienten sicher wertvoller als etablierte Ärzte, welche zigtausend Franken pro Jahr mehr verdienen.

Auf jeden Fall wäre es unklug, die Entscheidungen, welche unser Gesundheitswesen nachhaltig bestimmen, den Interessen der ärztlichen Standesorganisation zu überlassen. Die unter Druck geratene Generation von Medizinern hat die Möglichkeit, für die Interessen des Volkes einzustehen.

Arbeitsgruppe Assistentenstelle der Basisgruppe Medizin

redaktionelles ++ redak

Wie wird man «das konzept» los?

Die Hochschulkommission (HK) der Universität Zürich hat beschlossen: Die Gestaltung der Zeitung «das konzept» ist . . . rechtswidrig.» Der KStR, die studentische Exekutive, «wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Redaktion . . . die Statuten des Herausgebervereins ‹das konzept› einhält. Für den Fall, dass sich die Gestaltung der Zeitung nicht ändert, droht die Hochschulkommission an, jede Unterstützung des ‹konzept› durch die Studentenschaft zu untersagen.» Die Gegner des «konzepts» auf der Rechten reiben sich die Hände über diesen nicht unerwarteten Entscheid einer Oberbehörde, der diese Zeitung schon lange ein Dorn im Auge ist. Wie aber wird dieser Beschluss fundiert und begründet?

- *Die HK betont, dass sie «über die Studentenschaft der Universität lediglich eine Rechts-, nicht aber eine Ermessenskontrolle» ausübt. Wie aber steht es, wenn das Gremium – ohne eine genauere Definition der Begriffe zu geben – konstatiert, 1975 sei im «‹konzept› der Bildungs-, Wissenschafts- und Studentenpolitik nicht jener Stellenwert zugebilligt» worden, «wie dies aufgrund der Statuten vorgesehen wäre». Diese Beurteilung gründet weitgehend auf einem Ermessensentscheid.*
- *Nach der Interpretation der HK sind durch § 87 der Universitätsordnung «Stellungnahmen und Aktionen der Studentenschaft zu allgemein-politischen Themen» verboten. Wenn daraus gefolgert wird, schon die «Beteiligung» der Studentenschaft der Universität Zürich sei «problematisch», wenn sich «das konzept» nicht «auf studentische und universitäre Themen» beschränke, so bedeutet das in der Praxis die Forderung, einer der «konzept»-Vereinsmitglieder allein solle den Inhalt bestimmen.*
- *Ähnlich oberflächlich ist die Argumentation zu den Statuten: Dort heisst es, die Information des «konzepts» müsse «insbesondere» Bildungs-, Wissenschafts- und Studentenpolitik umfassen. Jeder nur halbwegs juristisch informierte Laie weiss, dass mit dem Wort «insbesondere» eine nicht abschliessende Aufzählung beabsichtigt ist. Insofern ist die zudem völlig willkürliche Auszählung der Beiträge zu diesen Gebieten in keiner Weise beweiskräftig für das Verdikt, die «konzept»-Gestaltung sei «rechtswidrig».*
- *Fahrlässig ist, dass die HK es versäumt hat, sich auf alle verfügbaren Grundlagen zu stützen: So wurden die von der «konzept»-Vereinsversammlung aufgestellten redaktionellen Richtlinien nicht berücksichtigt. Dort nämlich konnte die HK lesen, die Zeitung solle «in formaler und materieller Hinsicht möglichst vielseitig, verständlich und allgemein interessierend gestaltet werden». Besonderer Wert soll danach auf Informationen gelegt werden, «die den Lesern nicht schon über andere Massenmedien zugänglich sind». Der Inhalt sei «so anzulegen, dass ein Leserpublikum, das über das Studentische hinausgeht, gewonnen werden kann». Die Begründung dafür zeigt, dass dies im eigensten studentischen Interesse liegt: Ziel ist «eine breitere Abstützung der Zeitung in der Leserschaft und . . . Verbreitung der Anliegen ihres Hauptpublikums über dessen Kreis hinaus».*

Abgesehen von diesen schwerwiegenden juristischen Ungereimtheiten, hinter denen die politische Absicht, das «konzept» abzuklemmen, nur zu deutlich wird, freuen wir uns, dass die Hochschulkommission Gefallen gehabt haben dürfte an der April-Nummer, die, u. a. mit dem Report über Repressionen gegen Lehrer, auf fast 6 der 8 Seiten Bildungs-, Wissenschafts- und Studentenpolitisches gebracht hat.

Siehe auch «Gilgens Argumente» auf Seite 6.

Schweizer Pharmakonzern in Japan vor Gericht

Absatz gestiegen–Patienten gestorben

Nach fünfjährigen Verhandlungen geht in Tokio der bis heute grösste Arzneimittelprozess der Welt zu Ende. Vor Gericht sind der multinationale Konzern Ciba-Geigy, sechs weitere Unternehmungen und etwa 30 Ärzte auf Schadenersatz in der Höhe von einer Milliarde Franken eingeklagt. Chinoform, eines der meistverkauften Medikamente, wird beschuldigt, den Tod von rund 1000 Menschen verursacht zu haben und nahezu 30 000 andere invalidisiert oder geschädigt zu haben. In der Schweiz ist dieses Mittel nach wie vor zum Verkauf zugelassen.

Das Präparat, heilend und vorbeugend gegen einfache und harmlose Sommerdurchfallerkrankung verschrieben, wurde von verschiedenen Firmen in Japan auf den Markt gebracht: 186 Mittel mit Chinoform sind mit marktschreierischer Reklame angepriesen worden. Für die Folgen dieser Therapie will nun niemand die Verantwortung übernehmen.

Trotz der Katastrophe sind die Hersteller noch immer der Meinung, dass Chinoform unschädlich sei. Obwohl der Zusammenhang zwischen dem Präparat und der *SMON-Krankheit* (subakute Myelo-Optico-Neuropathie) als hundertprozentig gesichert gelten kann, fährt man damit fort, es über die ganze Welt zu verkaufen – mit Ausnahme von Skandinavien, Japan und den USA. Wenn auch heute Einschränkungen in Dosis und Zeitdauer der Anwendung gemacht werden, so ist das Problem des Ausschlusses von Schädigungen noch nicht endgültig gelöst.

Nachdem sich durch Jahre hindurch die mysteriösen Fälle zu Tausenden angesammelt hatten, wurde 1970 der entscheidende Hinweis zur Aufdeckung des kausalen Zusammenhangs in der SMON-Krankheit gefunden: Der grüne Belag auf der Zunge, der bei den meisten Patienten vorhanden war, enthielt Chinoform. Nach Auffassung des schwedischen Sachverständigen *Dr. O. Hansson,* Professor für Kinderneurologie, ist es unbegreiflich, dass das Medikament unbekümmert in hohen Dosen – bis zu 2–4 g, in Einzelfällen sogar 9 g pro Tag – weiter verabreicht wurde, nachdem so viele Schädigungen und Todesfälle aufgetreten waren.

Frühe Warnungen

Die japanischen Unternehmungen und das Gesundheitsministerium müssen die Berichte und Verdachte über Nebenwirkungen und Schädigungen schon früher als 1970 erkannt haben. Für Chinoformpräparate wurde 1969 in Schweden die Reklame gestoppt, und zwei Jahre später kamen sie auf die schwarze Liste.

Ciba behauptet, in den 30er Jahren Tierversuche durchgeführt zu haben. Diese stellten sich aber als völlig unzureichend heraus, wurden doch 1953 Beobachtungen gemacht, die zu einem Verbot hätten führen müssen. Anstelle dessen wurden Markt und Verkauf angekurbelt. Noch 1966, also zu einem viel späteren Zeitpunkt, wäre die Anzahl der Opfer bei etwa 1000 stehengeblieben.

In diesem Zusammenhang hat Dr. O. Hansson Ende der 60er Jahre neue Indizien gesammelt. Die Behauptung von seiten der Ciba-Geigy, dass Chinoform im Magen-Darm-Bereich nicht resorbiert würde und deswegen ungefährlich sei, wurde durch tragische Fälle widerlegt, in denen es zu Erblindung und anderen Nebenwirkungen kam. Dr. Hansson fand heraus, dass Ciba es unterlassen hatte, davon zu berichten, dass Hunde und Katzen nach länger dauernder Fütterung mit Chinoform unter Krämpfen gestorben waren. Erst später, auf weitere ähnliche Berichte von Tierärzten hin, sah sich Ciba veranlasst, ein Informationszirkular zu verschicken mit der Warnung, dass Enterovioform und Mexaform für Hunde und Katzen ungeeignet sind.

Dass damit in der Anwendung auf den Menschen die gesetzliche Limite überschritten war – wo anders liegt der Sinn des Tierversuchs? –, davon wurde keine Kenntnis gegeben. Diese Alarmsignale wurden unter den Tisch gewischt: Der Verpflichtung, die Präparate wenigstens neu zu testen und die Verdachtsmomente auszuräumen, kam man nicht nach.

Warum die Institutionen, denen die Kontrolle obliegt, so viele Jahre lang untätig zugesehen haben, ist ungeklärt. Wir möchten hier nur feststellen, dass von der letztlich verantwortlichen Seite wenig, ja viel zuwenig getan worden ist. Dass die wesentlichen Richtlinien zum Schutz der Patienten so eindeutig und grobfahrlässig verletzt worden sind, kann wohl in keiner Weise entschuldigt werden, auch nicht durch die teuersten Anwälte vor Gericht. Dass die Geschädigten die Folgen der fatalen Medikamenteinwirkung selbst zu tragen hätten, weil selbstverschuldet, dürfte wohl die absurdeste Idee sein. Warum wäre sonst das Verbot aller Chinoformpräparate in Japan letztlich doch durchgesetzt worden?

Ein Grund für die allzu lange Verschleppung dieses überfälligen Entscheides dürfte die auch in Japan übliche Verfilzung von Staat und Wirtschaft sein: Der japanische Vize-Gesundheitsminister hat kürzlich den öffentlichen Dienst quittiert, weil er Direktor bei der Takeda Chemical geworden ist. Die Takeda Chemical ist zusammen mit Ciba-Geigy hauptverantwortlich für die Tragödie . . .

Geld gegen Gesundheit

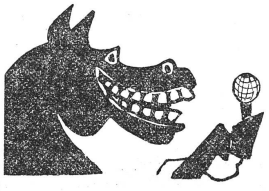
Freie Marktwirtschaft gegen soziale Verantwortlichkeit – dieses Kräftespiel ist neben dem Genussmittelsektor (z. B. Alkohol und Zigaretten) auf dem Arzneimittelmarkt eine bekannte Erscheinung; schon des öftern hat die freie Marktwirtschaft die Oberhand über die Gesundheit der Patienten behalten. Erinnert sei an *Menocil,* einen Appetitzügler, der eine ansehnliche Reihe von Menschen ins Grab gebracht hat. Eine Lungenfibrose (eine Zunahme der bindegewebigen Strukturen der Lunge mit Bluthochdruck im Lungenkreislauf) war die Ursache. Erstaunlich die Tatsache, dass das Medikament auf Grund der schweren Schädigungen in den USA schon längere Zeit aus dem Verkauf gezogen war, in der BRD einige Zeit später, aber in der Schweiz seine mörderische Tätigkeit immer noch ausüben konnte.

Was erklärt die zeitliche Verschiebung der Verkaufsverbote? Die wissenschaftliche Erkenntnis über den Zusammenhang zwischen Medikament und Schädigung sicherlich nicht! Allein ein zahlenmässig abgesicherter Verdacht sollte genügen, ein Medikament aus dem allgemeinen Pharmakonsum zu ziehen. Also die Trägheit des Kontrollapparates? Richtlinie sollte hier doch die eben genannte Anhäufung von Schädigungsfällen sein, nach Leitsätzen wie: Eher zu früh als zu spät, oder: Lieber ein Rückzug zuviel als einer zuwenig.

Aber das sind alles keine Antworten auf die gestellten Fragen. Wohl eher müssten die viel zu ungehemmten und unkontrolliert wirksamen Mechanismen der freien Marktwirtschaft unter die Lupe genommen werden, in denen die Menschen, zu deren Nutzen und Wohl das Ganze doch sein sollte, vom Umsatz und Profit auf die Seite gedrängt werden.

Arbeitsgruppe Sozialpolitik der Schweiz. Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen

Das «konzept»-Kurzinterview des Monats



«das konzept»: Herr Raymond Broger. Sie haben sich bis jetzt schon um Appenzell Innerrhoden verdient gemacht. Nun treten Sie mit einem neuen, gesamtappenzellischen Anliegen an die Öffentlichkeit.

Broger: Ja, wir wollen jetzt endlich eine dringend nötige Initiative lancieren. Die «Initiative zur Errichtung eines politischen Nationalparks in beiden Appenzell».

«das konzept»: Warum diese Initiative?

Broger: Wir haben einfach genug davon, dass uns die ganze Schweiz auslacht, weil wir ums Verrhoden das Frauenstimmrecht nicht einführen wollen. Bei uns ist es schon richtig, wie es ist. Und als «politischer Nationalpark» stehen wir dann eben sozusagen unter Denkmalschutz. Dann wird es wie im andern Nationalpark: Man lässt alles so, wie Gott und die Natur es geschaffen haben.

«das konzept»: Herr Broger, wir danken für das Gespräch.

Initiativbogen können bezogen werden bei «das konzept» oder Redaktion «Appenzeller Volksfreund», Engelgasse 3, 9050 Appenzell.

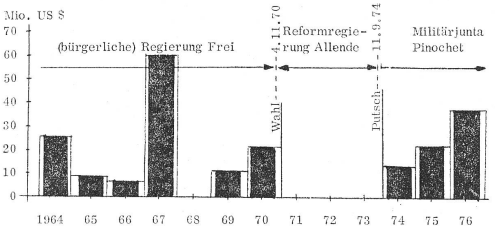
Entwicklungshilfe – lohnende Investition für die Industrieländer

Das 200-Millionen-Ding

Am 13. Juni befindet das Schweizervolk über einen 200-Millionen-Kredit an die Internationale Entwicklungsorganisation (International Development Association) IDA. Das ist der Anlass, an diesem Beispiel Grundsätzliches zur Entwicklungshilfe deutlich zu machen. Bekanntlich ist der IDA-Kredit umstritten: Die bürgerlichen Parteien und die SPS haben zum Referendum der Schwarzenbach-Republikaner gegen den Parlamentsbeschluss die Ja-Parole ausgegeben. Neben den Rechtsnationalen lehnen aber auch noch die Linken den Kredit ab, mit anderen Gründen natürlich: Rechts erhofft man sich ein Plebiszit gegen Entwicklungshilfe überhaupt, links bezweifelt man, dass über IDA-Zahlungen sinnvolle Hilfe für die Völker der dritten Welt geschieht. Die «Schweizerischen Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik» (SAFEP) versuchen im folgenden, die Positionen in diesem verwirrenden Ringen um schweizerische Entwicklungspolitik zu klären. Sie zeigen anhand der aktuellen Beispiele aus Abstimmungsvorbereitung und aus Geschichte von Weltbank und IDA, dass es nicht um die Alternative «ja oder nein» geht, sondern um das Wie der Hilfe.

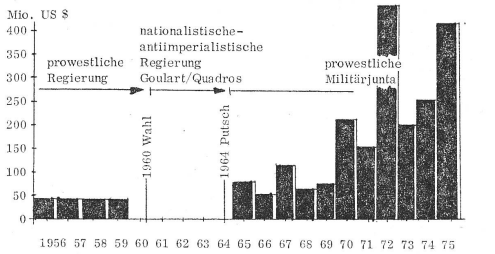
Die IDA ist eine Tochter der Weltbank, die nach den genau gleichen Kriterien wie die Weltbank Kredite erteilt, allerdings nur an Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 375$ im Jahr. Ihr Personal arbeitet immer für beide Banken. Bei der Erteilung von Krediten prüfen die Weltbankexperten die wirtschaftlichen, sozialen und technischen Aspekte, vor allem aber die Rentabilität des Projektes. «Das Projekt, das mit Hilfe des Darlehens verwirklicht wird, muss technisch und wirtschaftlich solide und für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes von grosser Priorität sein» (Weltbank und IDA, 1975).

Weltbank-Darlehenszusagen an Chile



Zahlen aus Weltbankjahresberichten

Weltbank-Darlehenszusagen an Brasilien



Wer zahlt, befiehlt

Diese Kriterien werden genauso angewendet, wie sie die westlichen Industriestaaten verstehen. Dies ist nicht verwunderlich, ist doch die Weltbank als Aktiengesellschaft aufgebaut, in der sieben Industrieländer die absolute Mehrheit besitzen. Allein die USA verfügen über mehr als 25% der Stimmen; bei der Gründung der Weltbank 1946 waren es annähernd 40% gewesen. Dazu kommt, dass die Weltbank den Grossteil ihres Kapitals aus Anleihen bekommt. Diese Gelder bekommt sie, weil sie die Bankiers überzeugen konnte, dass sie dieselben Interessen hat wie sie. Verheerend wirkt sich aber die Weltbankpolitik aus, wenn ein Land diese Bedingung nicht akzeptiert.

Das Beispiel Chile

Chile war ein regelmässiger Kunde der Weltbank. In den 60er Jahren betrugen die jährlichen Kreditzusagen durchschnittlich 17 Mio. US-$. Nachdem Allende die Wahlen gewonnen hatte, brachte die Weltbank bald ihre Skepsis über die mittelfristigen wirtschaftlichen Aussichten Chiles zur Sprache, zahlte die bereits zugesprochenen Gelder aus, führte die Gespräche über weitere Projekte hinhaltend weiter, gab jedoch keine weiteren Kreditzusagen. Als Allende die Kupferbergwerke verstaatlichte und dabei die übermässigen Gewinne (die Gewinne betrugen in den letzten 5 Jahren 562 Millionen US-$) von der Bilanzsumme von 600 Millionen US-$ abzog, kamen die Kreditverhandlungen zum Stillstand. Denn die Weltbank «kann Kredite an Mitgliedländer ablehnen, die sich nicht ausreichend bemühen, Enteignungsforderungen oder ähnliche Streitigkeiten zu regeln» (Weltbank und IDA, 1975).

Dieser Boykott – zusammen mit ähnlichen Anstrengungen der USA – verunmöglichte es Chile, Gelder im Ausland aufzunehmen, ijbt doch die Weltbank einen sehr grossen, wenn nicht bestimmenden Einfluss auf das Kreditverhalten der andern Banken und der Industrieländer aus. Chile geriet in Zahlungsbilanzschwierigkeiten und musste daraufhin seine Auslandsschulden sistieren.

Pinochet-Junta gefälliger

Pinochet schien der Weltbank jedoch eine Wende zum Bessern zu versprechen, denn schon im Februar 1974 wurde der erste Kredit erteilt (bis heute 66 Millionen US-$). Dabei hat Pinochet weder die Auslandschulden bezahlt (nur über das Nichtzahlen Verhandlungen geführt) noch die Inflationsrate verkleinern können, noch mit seiner – von der Weltbank begrüssten – Wirtschaftspolitik die Produktion steigern können. Chile ist kein Einzelfall. Die Weltbank gewährte Brasilien während der Regierungszeit des linken Präsidenten Goulart keine Kredite (s. Graphik). Heute bekommt die Militärjunta Kredite in der Grössenordnung von 300 Millionen $ pro Jahr.

Meistens genügt die Drohung der Nichterteilung von Krediten, um ein Land zu einer Kursänderung in der Wirtschaftspolitik zu bringen. Die Weltbank fördert die konservativen Regierungen, ob Militärregierung oder nicht. Diese steigern zwar die Gewinne der Multinationalen, konnten bis heute jedoch die Grundbedürfnisse der Massen nicht befriedigen. Das bringt uns zu einer Grundsatzfrage:

Sind Kredite Entwicklungshilfe?

Kredite müssen mit Zinsen zurückgezahlt werden. Die Weltbank verlangt 8% Zins pro Jahr, und das Kapital muss innert 10 bis 20 Jahren zurückbezahlt werden. Man kann sich leicht ausrechnen, welche Profite schon vom ersten Jahr an herausgewirtschaftet werden müssen, falls für das Entwicklungsland auch noch etwas abfallen soll. Diese Kredite gehen daher auch selten in die Landwirtschaft, sondern in die exportorientierten Wirtschaftssektoren, die mit diesen Mittel aufgebaut werden, jedoch wenig Impulse geben für den Aufbau einer eigenen, auf die Bedürfnisse der Massen ausgerichteten Industrie.

Auch die weichen, unverzinslichen Kredite der IDA mit einer Laufzeit von 50 Jahren ändern dies nicht grundsätzlich. Sie konzentrieren sich zwar in der Landwirtschaft, aber fördern auch dort die Aufteilung in einen exportorientierten und zurückgebliebenen Sektor. Es muss auch bemerkt werden, dass die Länder, die sich wirtschaftlich zu einem grossen Teil von der übrigen Welt losgelöst haben – China, Kuba, Nordvietnam –, ein Wachstum erzielten, das die Grundbedürfnisse der Massen befriedigen konnte.

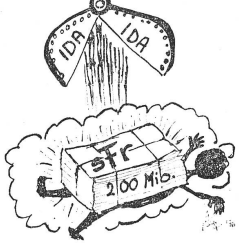
«Grüne Revolutionen» . . .

Durch die Erfahrung der kubanischen Revolution und die Bauernbewegung in andern Ländern der dritten Welt aufgeschreckt, entdeckten die USA die Wichtigkeit einer Entwicklung der Landwirtschaft. Man versuchte durch eine «grüne Revolution» die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, um den Wettlauf mit der Bevölkerungszunahme zu gewinnen. Die Erfahrungen in Mexiko, auf den Philippinen und in Teilen Indiens bewiesen, dass durch den (kapitalintensiven) Import von moderner Technologie (Düngemittel, Pestizide, künstliche Bewässerung, ertragreichere Sorten usw.) die Hektarerträge beträchtlich gesteigert werden konnten.

Die negativen Folgen zeigten sich bald: Die Gegensätze zwischen den begünstigten und den nicht von der «grünen Revolution» erfassten Bauern nahmen zu, die reichen Bauern konzentrierten immer mehr Land in ihren Händen und wurden noch reicher. Die sozialen Spannungen wuchsen, obwohl die «grüne Revolution» dies verhindern wollte. Ebenso gaben und geben die ökologischen Schäden, zum Beispiel die Verbreitung von Schädlingen und die Bodenvergiftung durch übermässigen Kunstdüngerverbrauch, zu ernsten Bedenken Anlass.

Diese negativen Erfahrungen veranlassten McNamara, Präsident der Weltbank, 1973 in Nairobi eine neue «kleine grüne Revolution» zu proklamieren. Sie sollte die Produktion der Kleinbauern steigern (ab 1980 um 5% jährlich) und die absolute Armut (=jährliches Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 50$) beseitigen. Obwohl eine abschliessende Beurteilung noch nicht möglich ist, gibt es genug kritische Stimmen: «Die ‹kleine grüne Revoution›, welche die Bank durchführen will im Kleinbauernsektor, wird also ähnliche Konsequenzen haben wie die grosse ‹grüne Revolution›. Sie wird sich noch verheerender auswirken durch grössere Armut, Beschäftigungslosigkeit. Damit verglichen wird die grosse ‹grüne Revolution› wie ein Kinderspiel wirken» (Jair Londoño).

Oder wie es ein kolumbischer Bauer ausdrückt: «Die Agrarreform erreicht unsere Familien nicht. Und inzwischen hungern wir und unsere Kinder» (Jair Londoño).



. . . oder echte Landreformen?

Was könnte aber die Situation der Bauern grundsätzlich ändern? Dazu derselbe Bauer: «Wir (Bauern) wollen für veränderte gesellschaftliche Verhältnisse kämpfen, für die Abschaffung der kapitalistischen, oligarchischen Regierung, die uns verfolgen lässt . . . Das waren schon immer die Ziele der Bauernbewegung mit wirklich weitem Horizont. Wir geben uns nicht mit Beruhigungspillen zufrieden»

Ähnlich haben die schweizerischen Hilfswerke eines der Hauptziele der Entwicklungspolitik definiert: «Ohne Landreform kann es zum Beispiel keine ausreichende Nahrungsmittelproduktion für und durch die arme Bevölkerung geben.» Und: «Dringend sind Veränderungen in den Landbesitz- und Pachtverhältnissen.»

In dieser Frage sehen wir den Unterschied zwischen den beiden Entwicklungskonzeptionen am deutlichsten. Soll man versuchen, die Bauern in die «freie Marktwirtschaft» einzugliedern und damit den Grossteil der Bauern verarmen und arbeitslos werden zu lassen, oder sollen die Bauern zusammen eine Entwicklung einleiten, die die Grundbedürfnisse aller befriedigt?

Schwarzenbachs Nein

Seine Meinung zu diesem Thema fasst Schwarzenbach im Schlagwort «Entwicklungshilfe als Selbstmordwaffe» zusammen. Er bedauert, dass das arme Europa wieder einmal von den Wühlmäusen aus dem Osten untergraben worden sei, dass uns eine neue internationale Organisation, die wie die Uno gegen «unsere» Interessen handle, aufgeschwatzt worden sei. Sein Nein ist meilenweit von unserer Befürwortung einer alternativen Entwicklungspolitik entfernt, die sich nicht mit einer nationalistisch-chauvinistischen Haltung à la Schwarzenbach vereinen lässt.

Wie die Abstimmungsmaschinerie läuft

Anhand der Vorarbeiten für die IDA-Abstimmung kann man gut studieren, wie die schweizerische «Abstimmungsmaschinerie» läuft. Sie zeigt deutlich die Meinungsmacher im Hintergrund: Verwaltungsbeamte, einige wenige Funktionäre von Wirtschaftsverbänden und eine Handvoll Parlamentarier planen die Abstimmungsstrategie, filtrieren die Nachrichten, entscheiden über den Informationsfluss, bestimmen letztlich, was Hunderttausende denken müssen.

Die Weltbankorgane, namentlich die Informationsabteilung ihres Pariser Büros, hatten seit langem in die Schweiz hineingewirkt. Vor mehr als einem Jahr schon soll die Weltbank einem bekannten Institut für Erwachsenenbildung 5000 Fr. angeboten und *ausbezahlt* haben, damit ein Weltbankvertreter dort einen Vortrag halten konnte (dies sind durchaus übliche amerikanische Methoden). Im Hinblick auf die Abstimmung offerierte die Weltbank schweizerischen Massenmedien Angebote, die weit über das übliche Mass einer an sich erwünschten Belieferung mit Dokumentationsmaterial hinausgingen: Ein Fernsehmann wurde nach Indien zur «Begutachtung» von Weltbankprojekten geschickt; nach Afrika wurde gleich ein ganzes Team eingeladen.

Die Bundesverwaltung hinter dem Ja-Komitee

- Bereits im Februar 1976 luden die Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements und der Dienst für technische Zusammenarbeit (DftZ) des Politischen Departements Journalisten und Medienleute nach Lenzburg und Montreux ein. Referenten waren ausschliesslich Weltbankfunktionäre und Vertreter der Bundesverwaltung.
- Die beiden Bundesbeamten Botschafter E. Jacobi (Handelsabteilung) und Vizedirektor Raeber (DftZ) waren die Initiatoren des Abstimmungskomitees, das die IDA-Vorlage in der Öffentlichkeit durchboxen sollte. Sie beide waren es, die mit der Privatwirtschaft (Wirtschaftsförderung) und den Freisinnigen Kontakt aufnahmen, die Finanzmittel organisierten und ein Komitee auf die Beine stellten, natürlich ohne Einsitz zu nehmen.
- Die Strategie war ursprünglich wie folgt vorgesehen: Die «Wirtschaftsförderung» sollte bezahlen, das Präsidium des Abstimmungskomitees sollte einem sozialdemokratischen Politiker (es war von Alt-Bundesrat Spühler die Rede) angeboten werden. Die SP wurde beschwichtigt mit dem Hinweis, die Finanzquelle wurde nicht genannt werden. Die Pläne für dieses Konzept scheiterten, als die Bedingungen der SPS, nämlich dass die «Wirtschaftsförderung» das Abstimmungssekretariat nicht übernehmen dürfe, von den Bürgerlichen nicht erfüllt wurde.
- Die Bundesverwaltung belieferte Organisationen, Verbände und Presse mit einer mehrhundertseitigen Dokumentationsmappe, mit Frage-und-Antwort-Katalog und sogar mir «Standard-Referaten» für Politiker. Kein Pro und Kontra natürlich, sondern einseitig eine befürwortende Position.

Über die beiden andern Abstimmungsvorlagen vom 13. Juni, über das viel wichtigere Raumplanungsgesetz und über den Verfassungsartikel zur Arbeitslosenversicherung kommt aus dem Bundeshaus keine einzige Abstimmungsunterlage. Warum wohl? Die Antwort ist einfach: Weil diese beiden Vorlagen nicht im Interesse der Bürgerlichen liegen. Der Rechtsfreisinn ist bei der ersteren sogar dagegen.

Eine neue Tendenz

Bei der Arbeitsteilung innerhalb der Verwaltung scheint sich eine neue Tendenz abzuzeichnen: die Handelsabteilung macht die Politik, das Eidgenössische Politische Departement unter dem Sozialdemokraten Graber holt die Kohlen aus dem abstimmungspolitischen Feuer. Der IDA-Kredit wurde von der Weltbank und der Handelsabteilung ausgehandelt. Die Schweiz ist beim internationalen Währungsfonds und bei der Weltbank (als Nichtmitglied) stets durch die Handelsabteilung vertreten, also gerade durch jene Bundesstelle, die am ungetrübtesten die Interessen der Wirtschaft durchsetzt.

Die Durchpeitschung im Parlament, die administrative Begleitung und sogar die Vertretung der Vorlage in der Volksabstimmung muss das Politische Departement machen. Betrüblich ist dabei, dass das sozialdemokratisch geleitete EPD zu einer Akzeptierung der Handelspolitik gezwungen wird. Man könnte sich wenigstens eine grössere Eigenständigkeit des EPD vorstellen, wenn dessen Vorsteher, Bundesrat Graber, sich selber etwas mehr in die entwicklungspolitischen Probleme einarbeiten würde statt wie heute die ganze Konzeption der technischen Zusammenarbeit einigen freisinnigen «Hofschranzen» (ein Ausdruck von Parteigenossen Grabers!) zu überlassen.

Wer steht hinter dem Abstimmungskomitee?

Bei Redaktionsschluss sind die Namen des Abstimmungskomitees noch nicht bekannt. Man sucht noch gutklingende Aushängenamen. Aber was tut's? Die Namen dienen nur der äussern Zierde. Die Propaganda für die Abstimmung und deren Finanzierung, dies ist uns aus sicheren Quellen klar, stammen aus der Küche der «Wirtschaftsförderung». Auch die Stossrichtung ist schon klar: Man will das Eigeninteresse der Schweizer hervorheben, die Bedeutung der Weltbankaufträge für die Schweizer Wirtschaft und die Arbeitsbeschaffung herausstreichen (obgleich die Weltbankaufträge nur 0,5% der schweizerischen Exporte betragen). Das Gespenst der Arbeitslosigkeit soll auch hier als Disziplinierungsinstrument angewandt werden.

Schweizerische Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik (SAFEP)

Die Profiteure

Es ist nur eine kleine Anzahl von Firmen, die in unserem Land von den Weltbankaufträgen profitiert. Namentlich sind es im Dienstleistungsbereich (Ingenieuraufträge):

- Elektro-Watt
- Motor-Columbus (die sich in Klaus Huber einen früheren Weltbankmitarbeiter als Direktor geangelt hat, der jetzt unter anderem Offerten für die Weltbank verfasst)

Als Lieferanten profitieren einige Konzerne des Agro-Business, namentlich:

- Nestlé (Nutzen aus weltbankfinanzierten Grossplantagen, zum Beispiel in Brasilien)
- Ciba-Geigy
- Sandoz (Lieferung von Schädlingsbekämpfungsmitteln für Weltbank- und IDA-Agrarprojekte)

d'wälträis vome zwänzgerli

es zwänzgerli ghört ame chrischt im züri-underland
und wo dem sys büebli i d'sunntigschuel gaat, da truckt er ems i d'hand:
verlür mers nód, o jegerli, und schopps in schlitz vom negerli
lueg zue, wies nickt, pass uuf ufs chläid
sig brav und los, was d gotte säit

die gotte nimmt das zwänzgerli mit fränkler und mit füfzger
tuets zäme ines seckli ie und säit mit tüüfem süüfzger:
das freut bestimmt de missionar, wo z afrika so wunderbar
de arme häidebüebli guet und chrischtlich wyterhälfe tuet

de missionar hät schüüli freud, er nimmt vo dene batze
er springt zum nächste negerli und strycht em über d'glatze
und säit: du wirsch doch nächschtens tauft, da gaats doch nüd, das me blutt umelauft

da nimm das gält vor chrichtehäit
s isch öppis anes sunntigschläid

das negerli, das nickt und chauft sich dänn es prächtigs gwand
de stoff derzue chunnt prezys usem züri-underland
so chunnt das zwänzgerli wider häi, au dasmal isch es nód eläi
s hät eener na chli mee deby
als wos bim missionar isch gsy

und wänn im züri-underland am sunntig d'glogge schlaat
und eusem chrischt sys büebli brav i d'sunntigschuel jez gaat
seit s'negerli, s isch voll wie gspickt
zum zwänzgerli so gschnäll, wänns nickt:
jä hoi, bisch du au wider da
wänd mir dich namal durelaa?

Jürg Jegge

das konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Konrad Fisler, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ).

Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage 36 000

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00, Telex 55 235
1-sp-mm-Zeile – .62 Fr. (übliche Rabatte)

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich.

Redaktionsschluss Nr. 6: 21. 5. 76
Inseratenschluss Nr. 6: 28. 5. 76

Atomkraftwerk-Interessenten greifen zur Werbung

Sanftes Werben für Atomkraft

Dass Atomkraftwerke nicht der Stein des Weisen sind, hat schon ein breiter Teil unserer Bevölkerung gespürt. Aber mehr noch als diese unbestimmte Angst vor der Technik hat die Einsicht Fuss gefasst, dass die Frage der Atomkraftwerke eine wirtschafts- und sozialpolitische Frage ist, eine Frage nach dem wirtschaftlich verantwortbaren, notwendigen Mass an technischer Entwicklung und anderseits nach dem nötigen Schutz der Bevölkerung und der Umwelt. Die Kritik an der Atomkraftwerk-Politik ist die Kritik am blinden technokratischen Profitmaximalismus. Das haben mitunter auch die Atomlobbyisten erkannt, wenn sie in Kampagnen die ängstliche Bevölkerung beschwichtigen, die politischen Gegner aber mundtot machen wollen. «das konzept» berichtet am Beispiel der BRD und Berns.

2 Millionen DM wollen Badenwerk AG Karlsruhe und Energie-Versorgung Schwaben AG Stuttgart lockermachen; soviel Geld für eine Informationskampagne, die bewirken soll, dass einerseits *«der Baubeginn* (ihres 1250-Megawatt-Kernkraftwerks Wyhl) *ohne Störungen vor sich gehen kann»* und anderseits *«bei weiteren Kernkraftwerkprojekten Zuspitzungen wie in Wyl»* ausbleiben. Offene Briefe, Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften, Radio- und TV-Spots sollen der Bevölkerung den Bau des Kernkraftwerks verspätet schmackhaft machen – gebraut wird die Public-Relations-Suppe in der Hamburger Werbeagentur Kurt Drews. Die Zeiten, wo Ministerpräsident Hans Karl Filbinger (damals noch Aufsichtsratsvorsitzender der Badenwerk AG, inzwischen von diesem Posten zurückgetreten) die Besetzer des Baugeländes in Wyhl *«Erfüllungsgehilfen kommunistischer Drahtzieher»* schimpfte und drohte, ohne Kernkraftwerk Wyhl «gehen noch vor 1980 im Lande Baden-Württemberg die Lichter aus», sind Vergangenheit. Die professionellen Manipulateure beherrschen feinere Rhetorik: Sie wollen *«die Ängste durch besseres Wissen ablösen bzw. bezwingen»*, denn, so eine ihrer Schlagzeilen: *«Nichtwissen macht Angst. Wissen macht sicher.»*

Haben Kernkraftwerkgegner Nachhilfestunden in Technologie nötig? Wer's glaubt, verschwendet Millionen. Solche «Bildungstaktik» würde doch wohl voraussetzen, dass Kernkraftwerkgegner dümmer wären, als sie sind. Dass dank Public Relations die Stimmung *für* Kernkraftwerke sozusagen radioaktiv um sich greift, daran glauben nicht einmal Vertreter der Kernkraftwerklobby. Meint Badenwerk-Vorstandssprecher Hugo Rhein: *«Es ist eine Illusion, zu glauben, dass sich auch der letzte Gegner durch noch so ausgeklügelte PR-Methoden und Mittel ein anderes Urteil bildet.»* Auch Christian Rosenthal, Chef der Chemischen Werke München, deren Bleichemie-Zweigwerkprojekt im elsässischen Marckolsheim dank solidarischem Widerstand der Bevölkerung Projekt geblieben ist, winkt resigniert ab: *«Ganz egal, welche Öffentlichkeitsarbeit man auch macht, sie ist falsch.»* Anderer Meinung ist der Geschäftsführer des Deutschen Atomforums e. V., Werner Rudloff, einer der wohl eifrigsten Verfechter aggressiver Kernkraftwerkwerbung; gespeist aus einem Millionenetat, will das Atomforum sogenannte «Meinungsbildner», nämlich Lehrer, Journalisten, Politiker, im saloppen Reportagestil bearbeiten lassen. Rudloff: *«Wir wollen nicht Meinung machen, sondern nur Meinung ermöglichen.»* Was für eine, ist wohl klar. *«Wir müssen die Opposition gegen Kernenergie ernst nehmen»*, predigt Rudloff. *«Bagatellisieren ist heute nicht mehr angebracht. Dazu gehört auch, diejenigen ernst zu nehmen, die unangenehme, vielleicht auch kindische oder scheinbar unsinnige Fragen stellen.»* Und dann lässt er auch seine ideologische Katze aus dem Sack: *«Eine Grenze sollte die Gesprächs- und Auseinandersetzungsbereitschaft haben: Wird erkennbar, dass die Argumentation sich nur vordergründig gegen die Kernenergie richtet und eigentlich unser soziales System meint, sollte man das Gespräch nur mit grosser Vorsicht führen und notfalls abbrechen.»* Teilt Rudloff etwa die Befürchtungen von Badenwerk-Vorstandssprecher Hugo Rhein, der seufzt: *«. . . in der dialektischen Argumentation mit den Wortführern der Gegner ziehen wir ohnehin den kürzeren»?*

Aufgeweckt durch die Ereignisse in Marckolsheim, Wyhl und Kaiseraugst, machen die *Bernischen Kraftwerke AG (BKW)* Öffentlichkeitsarbeit mit bernischem Einschlag, sozusagen Public Relations mit aufgekrempelten Ärmeln. Die Wahl des Standorts Graben bei Herzogenbuchsee für ihr zweites Kernkraftwerk (in Mühleberg produziert das andere gemäss BKW-Kinowerbung «saubere Energie» für 1,4 Millionen Menschen) verrät Geschick. Mag sein, dass die BKW den Standort Graben wählte, weil ein Kernkraftwerk dort schön in ihr Verteilernetz passt, jedenfalls: nach politischen Kriterien hätte die Wahl kaum geschickter getroffen werden können; das Baugelände – längst abgezäunt, nachts zeitweise von braven Bürgern und ihren treuen Hunden bewacht – liegt in einer Gegend, wo die Welt morgens wie abends um sieben in Ruhe und Ordnung ist, die Obrigkeit auf das Vertrauen der «Untrigkeit» vertrauen kann, die SVP ihre Wähler und Stimmen hat. Wie wichtig solch politisches Fundament für den Kernkraftwerkbau sein kann, hat das BKW-Management offenbar erfasst. An der traditionellen bernischen Ausstellung (BEA) im Frühjahr 75 – welche vor allem auch Besucher vom Land anzieht – hatte die BKW prompt ihren Informationsstand. Und im Herbst wurde die Stimmung im baugeländenahen Langenthal mit einem Informationsabend und anschliessender Diskussion getestet. Dabei zeigte sich, wie harmonisch die Beziehungen zwischen der BKW und oberaargauischen Gemeinde-Obrigkeiten doch wohl sein müssen, liess es sich doch ein Vertreter der letzteren nicht nehmen, mit markig-verständlichen Worten die Verdienste der BKW in Sachen Energieversorgung abzusegnen. Kaltschnäuzig («die Technik löst jedes Problem») wischte der BKW-Vertreter vorgebrachte Bedenken gegen die bisher ungelöste Beseitigung der ausgebrannten Brennstäbe vom Tisch und erklomm im «Blick-Stil» vereinfachend-mühelos Argumentationsgipfel, Beispiel: der Bau im Graben werde so sicher, dass ihm «ein darauf abstürzender DC-8-Jet» nichts anhaben könne. Fehlte nur gerade die Behauptung, Kernkraftwerke seien die erste Sache der Welt, die überhaupt keine Nachteile haben . . .

In jüngster Zeit versuchten die Kernkraftwerkbefürworter mit einer plumpen Angst-Mache, Ja-Stimmen zu erzeugen: liessen sie doch ein Gejammer über leere Stauseen durch die Städte hallen. Bekanntlich sind diese Seen aber vor der Schneeschmelze immer leer.

In dieser Zeit weltweiter Rezession (Kurzarbeit, noch zunehmende Arbeitslosigkeit!) besteht Gefahr, dass im Zuge der Wirtschaftsankurbelung vermehrt «fertige», das heisst sofort ausführbare Investitionsprojekte grünes Licht erhalten, dass Stichwörter wie «Lebensqualität» oder «Umweltschutz» im Stich gelassen werden. Die Kurzsichtigkeit des rein quantitativen Wachstums (wo eine nächste Krise schon drinsteckt) bedarf dringend eines Optikers, der mehr Weitsicht auf Lager hat, zum Beispiel Theodor W. Adorno: *«Fortschritt heisst: aus dem Bann heraustreten, auch aus dem des Fortschritts.»*

Anton Schilt

Mögen Sie Ölscheichs?

Die Frage klingt höchst überflüssig! Wie soll man freundschaftliche Gefühle hegen für diese Runde orientalischer Herren, die das Autofahren so verteuert haben und die Autobahnen sogar leerfegen können, wann immer sie wollen. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie wohl es den selbstbewusst gewordenen Regierungen der Ölländer tut, von Europas Ministern und Industriellen respektvoll und gleichberechtigt behandelt zu werden. Nicht mehr Kameltreiber, sondern mächtige Partner im Geben und Nehmen. Aber: es gibt noch gut 75 Völker auf unserer Erde – die lechzen nach derselben Möglichkeit, durch Macht endlich Respekt zu erlangen. Eine «Ölkrise» können sie nicht inszenieren – wo nichts ist, kann man nichts machen. Bangladesh zum Beispiel könnte höchstens eine «Jutekrise» arrangieren. Das Land kann dank der «Vorsorge» des Kolonialismus heute praktisch nur Jutegewebe verkaufen. «Jutekrise»? Die chemische Grossindustrie der reichen Welt könnte der Regierung von Bangladesh eine Extraprämie für diese Selbstmordidee zahlen. Oder wie wär's mit einer «Kaffee-, Tee- oder Kakaokrise», wo heute schon zu viele arme Länder zuviel von diesen tropischen Getränken anbauen? Selbst «Kupferkrisen» haben keinen Sinn, solange die tüchtige CIA darauf achtet, dass Staatspräsidenten unterentwickelter Länder nicht etwa die Interessen ihrer eigenen Völker obenan stellen. Damit uns aber das beruhigte Lächeln auf dem Gesicht gefriere: Die Ausbreitung der Atombombe unter den Verdammten dieser Erde ist im Gegensatz zu der Verbreitung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung technisch, finanziell und politisch kein Problem.

Walter Schiegg

Spots

Kinder, die im Sand spielen, machen sich schmutzig. Um wieviel schmutziger sind dann erst Leute, die im Sand der Sahara leben. Die Nachrichtenagentur ddp jedenfalls meldet am 25. April aus Rabat: «Nunmehr bereits die dritte Säuberungsaktion innerhalb von weniger als zwei Wochen in dem einst von der Befreiungsbewegung Polisario beherrschten Gebiet von Guelta Zemmour in der Westsahara haben marokkanische Truppen am Sonntag eingeleitet.» Und man weiss ja: Ein bisschen sauber sein gibt es nicht; entweder ist einer sauber oder dreckig. So ist es nur verständlich, wenn bei der Aktion Saubermann «rund zehn Polisario-Anhänger getötet worden» sind. «Darunter soll sich angeblich auch der Gesundheitsminister der von der Polisario geschaffenen Saharaui-Regierung befinden.» Dieser Mann scheint sein Amt vernachlässigt zu haben – wenn es mit der Hygiene so schlecht steht, dass die Marokkaner säubern müssen. (Die Zürcher können froh sein über ihren obersten Hygieniker, der den Schmutz aus den Schulen vertreibt.) Eine saubere Geschichte, diese «Säuberungsaktion».

*

Umzüge seien Machtdemonstration nach aussen und Selbstbestätigung nach innen zugleich, besagt eine Definition. Am Sechseläuten präsentiert (sich) das Zürcher Bürgertum in historischer Verkleidung und Sehnsucht nach der guten alten Herrschaftszeit. Dies ist eine gute Gelegenheit für die verschiedenen Fraktionen, einander auch öffentlich Schützenhilfe zu leisten. So brachte die «Zunft zur Zimmerleuten» dem obersten Zürcher Erzieher und Polithygieniker, Dr. Alfred Gilgen, an seinem Amtssitz am Walchetor ein Ständchen, mit welchem sie nach den Worten von Pfarrer und Zunftherr Arnold Custer «ihren dank für seine Zivilcourage ausdrücken» wollte: für «die unerhört konsequente Haltung, mit der Sie dafür sorgen, dass kein fremdländischer Geist in unsere Schulen eindringen kann». In seinem hoheitlichen Dank meinte der Erziehungsdirektor, diese Demonstration sei bei weitem die sympathischste gewesen, die er bisher erlebt habe. Wäre das Sechseläuten nicht so eine ernste Sache, so käme man auf den (für Gilgen) peinlichen Gedanken, die «Zimmerleuten»-Zunft habe sich einen Spass daraus gemacht, den Magistraten wegen seiner Hatz-Politik ins Gelächter zu ziehen. Aber schliesslich war das Angebot von Innerschweizer Metzgern bei den Globus-Unruhen seinerzeit, der Polizei zur Hilfe zu kommen, ja auch ganz ernst gemeint.

*

Das Berufsverbot in Deutschland treibt makabre Blüten. Mit diesem Gesetz, das Beamten die Einstellung verbietet, wenn sie nicht den Nachweis erbringen können, auf dem Boden der Verfassung zu stehen, wurde nämlich ein Lokomotivführer entlassen. Grund: er sei Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und gefährde das Leben seiner Passagiere. Kommunist = Mörder, das hatten wir doch schon zur Nazi-Zeit.

*

Otto Roegele, rechtsgerichteter Zeitungswissenschafter in München und Herausgeber des ebenso rechten «Rheinischen Merkurs», fragte im Streitgespräch mit Meienberg und Wallraff, wo man denn hinkäme, wenn kritische Journalisten auch noch beanspruchten, auch gedruckt zu werden. Eine subtile Art von Zensur also. Aber was soll's? Schon im 19. Jahrhundert gab Heinrich Heine Herrn Professor Roegele recht:» . . . ach, ich kann nicht mehr schreiben, ich kann nicht, denn wir haben keine Zensur! Wie soll ein Mensch ohne Zensur schreiben, der immer unter Zensur gelebt hat? . . . Schrieb ich bisher etwas Dummes, so dachte ich: nun, die Zensur wird es streichen oder ändern, ich verliess mich auf die gute Zensur. Aber jetzt – ich fühle mich sehr unglücklich, sehr ratlos! Ich hoffe auch immer, es ist gar nicht wahr und die Zensur dauert fort.» Nur: im Unterschied zu den Herren Roegele und Staub, seines Zeichens Chefredaktor der «Weltwoche» und ebenfalls empörter Gesprächspartner von Wallraff und Meienberg im Schweizer Fernsehen, war Heinrich Heine ein Meister der Ironie und Satire.

*

Der Volksaufklärer Ernst Cincera, Oberst und Werbeberater, hat sich besorgte Gedanken über die Objektivität gemacht. Er kritisiert die Berichterstattung über eine öffentliche Diskussion im «Tages-Anzeiger», an der eben auch Cincera teilgenommen hatte: «am.» habe seine – Cinceras – Demokratie-Definition unterschlagen und dafür den Hinweis angebracht, diese sei im Hohngelächter des Publikums untergegangen. Dazu habe er noch das Votum wiedergegeben, in dem Cincera als «Apostel der Volksverdummung» bezeichnet wurde – ohne zu schreiben, dass dies (der böse Kommunist) Rothschild behauptet habe. «Eine solche Berichterstattung ist nicht objektiv», ist das Fazit des Leserbriefs. Man darf also gespannt sein auf Ernst Cinceras nächste Berichte aus der linken Szene. Denn solche Gedanken über die Objektivität wird er nun ja wohl auch auf seine eigenen Ausserungen anwenden. Oder?

*

«Informationen, die heute von einem Teil der Informationspresse unberücksichtigt bleiben», werden künftig auch von rechts zu haben sein. «Monitor» soll eine neue Wochenzeitung heissen, die für rund 50 Franken im Jahr abonniert werden kann. Start der Zeitung: noch vor Ende Jahr. Vater des Projekts: Willy Güdel, heute Sekretär des Hofer-Klubs Schweizerische Radio- und Fernsehvereinigung (SRFV). Vor der ersten Kioskausgabe sollen drei Nullnummern an 40 000 Adressen in der Schweiz und 50 000 Adressen im übrigen deutschsprachigen Raum verschickt werden. Weitere Güdel-Projekte: eine Nachrichtenagentur und ein Artikelabrufdienst für kleinere Zeitungen als Nebenprodukt der «Monitor»-Informationsbeschaffung. Weiter will Güdel eine neue Filmwochenschau aufziehen: «Mit 1,5 Millionen Franken und 150 interessierten Kinos könnte man eine farbige Filmwochenschau herausbringen.»

*

Mitte April bliesen die Elektrizitätswerke zum trockenen Pressesturm gegen die Bevölkerung. Ein Winter ohne Strom, ohne Wärme und Licht. Jedermann fröstelte angesichts der leeren Stauseen. Was soll das Ganze? – Wer einmal dahintergekommen ist, wo die Atom-Lobbyisten sitzen, der erkannte bald den Spuk. Jedes Schulkind weiss, dass vor der Schneeschmelze die Stauseen leer sind; und die Trockenheit hatte dies noch beschleunigt. Aber seither hat es starke Niederschläge gegeben. Kein Grund zur Besorgnis also für die Bevölkerung. Nur für die Atomkraftwerk-Interessenten, welche die Bevölkerung erst bearbeiten müssen, bevor sie mit den Ja-Stimmen rechnen können. Mit Angstmache geht's am besten.

*

In einem neuen Song des «Trios Eugster» heisst es: «Wänn's au nöd immer guet gaht, so gämmer doch nöd uuf, gönd eifach meh a d Seel, dänn gaht d Rächnig wider uuf.» So einfach ist das: Mehr arbeiten für weniger Lohn und obendrein mit der ständigen Angst, entlassen zu werden. Oder gar mitsamt dem Betrieb in Konkurs zu gehen. Welche Rechnung stimmt da eigentlich?

Semesterarbeiten Dissertationen

tippe ich rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

SSS studenten-schreib-service

Dissertationen Lic.- und Sem.-Arbeiten

- vorschriftsgemässe und rasche Ausführung
- druckfertig ab Manuskript, inkl. Korrektur
- deutsch, englisch, französisch
- IBM-Kugelkopf-Maschinen mit Filmband (besonders geeignet für Offset)
- 20 verschiedene Schriften
- Offsetdruck (4 Tage Wartefrist)

Preisliste anfordern!

Die Erfahrung zeigt, dass eine sorgfältig und fachmännisch ausgeführte Reinschrift den Gesamteindruck entscheidend verbessert.
Rufe uns einfach an oder komme vorbei (3 Min. von der Uni Zürich!).

TEL. (01) 32 06 76

Universitätstr. 33, 8006 Zürich

Walther Kauer

Schachteltraum

2. Auflage (12 000–25 000)

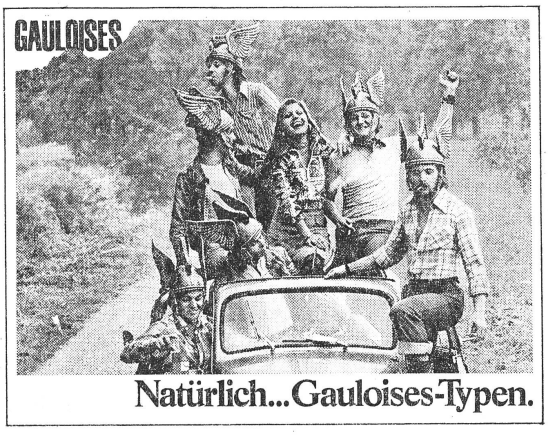
«Ich hätt' euch etwas zu erzählen, das nicht in euren Lesebüchern steht» (E. Kästner) – und dieser Walther Kauer hat in der Tat etwas zu erzählen, das in schweizerischen Schulstuben nicht vermittelt wird. Nein, Kauers Roman passt nicht ins Bild helvetischer Genügsamkeit und Selbstzufriedenheit. – «Schachteltraum» – das ist inhaltlich wie formal eine hervorragend gelungene, kritische Aufarbeitung der jüngsten Schweizergeschichte. Anknüpfend an das literarische Erbe von J. Bührer und Fr. Glauser, schrieb Kauer ein Stück Schweizergeschichte aus der Sicht des «kleinen Mannes». 450 Seiten, Leinen, Fr. 14.40, Verlag Volk + Welt, Berlin, DDR.

Zu beziehen durch Ihre Buchhandlung.

Auslieferung:
Buchhandlung Genossenschaft Literaturvertrieb
8004 Zürich, Cramerstrasse 2, Ecke Zweierstrasse (hinter Eschenmoser, drei Minuten vom Stauffacher), Telephon (01) 39 85 12 + 39 86 11.

Basel: **Buchhandlung Waser,** Rümelinsplatz 15–17.
St. Gallen: **Cosmos Reisen und Bücher,** St. Jakobstrasse.

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27



SSS PRINT

Eine weitere Dienstleistung des Studenten-Schreib-Services, aufgebaut in Zusammenarbeit mit einer erfahrenen Druckerei.

DRUCK deiner **DISSERTATION, LIC.-** oder anderer Arbeiten mit dem preisgünstigen, qualitativ hochstehenden **SYSTEMDRUCK** (Offset).

Verlange unsere Preisliste oder eine individuelle Offerte.

Für Arbeiten, die Du beim Studenten-Schreib-Service schreiben lässt, gibt es beim Drucken einen Sonderrabatt.

Tel. (01) 32 06 76
Universitätstr. 33, 8006 Zürich

Methodik-Beratung für Psychologiestudenten und -doktoranden

Wissenschaftliche Beratung z. B. in Fragen

- der Quantifizierung von Verhaltensvariablen,
- der empirisch-experimentellen Erfassung von Verhaltensmerkmalen und ihren wechselseitigen Beziehungen,
- der Versuchsplanung und modelltheoretischen Konzeption,
- der psychometrischen Methodik der Datenanalyse,

erteilt Ihnen die PSYCHOLOGISCHE UND SOZIOLOGISCHE INFORMATIONSSTELLE, Tel. (01) 26 39 91

Das neue Berufsbildungsgesetz unter kritischer Lupe

Der Berg hat eine Maus geboren

«Baue auf Deine Zukunft!» Die Zukunft hat für zahlreiche ausgelernte Jugendliche bereits begonnen – auf dem Arbeitsamt. Die meisten unter ihnen, Bauzeichner und Buchdrucker etwa, sind durch eine mitunter lautstarke Unternehmerpropaganda zu einer falschen Berufswahl verleitet worden. Noch mehr, eine allzu spezialisierte Ausbildung verhindert glattweg, dass (junge) Arbeitslose eine angemessene Stelle finden. Nicht erst die Jugendarbeitslosigkeit hat allerdings solche offensichtlichen Mängel in der Lehrlingsausbildung entlarvt. Seit etlichen Jahren verlangen weite Kreise, namentlich auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), eine Revision der Berufsbildung.

Von Viktor Moser, Sekretär der Jugendkommission SGB

Das Ei ist endlich ausgebrütet! Nach jahrelangem, eher bedächtigem Marschtempo hat das *Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Biga)* letzten Sommer den Entwurf zu einem neuen Berufsbildungsgesetz veröffentlicht, dessen hauptsächliche Zielrichtung es mit recht wohlklingenden, verheissungsvollen Worten umschreibt: *«Das neue Gesetz bezweckt, die Berufslehre durch verschiedene Massnahmen wieder attraktiver zu gestalten, um sie als echte und gleichwertige Alternative zu andern Bildungseinrichtungen anbieten zu können.»*

Recht so. Dass unser Berufsbildungswesen hinter der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nachhinkt, ist nachgerade sattsam bekannt. Ebenso dürfte seine Tragweite allmählich unbestritten sein, entscheiden sich doch 70 Prozent der schulaustretenden Jungen und 40 Prozent der Mädchen für diesen Bildungsweg. (In den Prozentzahlen sind Erziehungs- und Krankenpflegeberufe nicht eingeschlossen). Kurzum, Veränderungen sind ein Gebot der Zeit. Darüber ist man sich allenthalben einig; Unklarheit herrscht indessen über Ausmass und Inhalt der angestrebten Reformen.

VSS
Verband der Schweizerischen Studentenschaften
Erlachstrasse 9
3012 Bern
Tel. (031) 23 28 18

Fortschritt in kleinen Dosen

Trotz der sicher ehrlich gemeinten Grundsatzerklärung nimmt sich dabei die forsch angetönte Zukunftsmusik des Biga als ziemlich brave Darbietung einer guteidgenössischen Dorfkapelle aus. Bei genauerem Hinsehen bietet nämlich der lang erwartete Entwurf kaum mehr als einige Retuschen am alten Gesetz, welches sich, so das Biga, bestens bewährt habe. Das offensichtliche Zögern und Zaudern lässt sich wohl am besten mit dem Bedenken erklären, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und Berufsverbände könnte nachlassen. Oder andersherum ausgedrückt. Man will die Arbeitgeber nicht mit allzu fortschrittlichen Neuerungen vor den Kopf stossen. Obwohl der Schweizerische Gewerkschaftsbund im Frühjahr 1974 ein *Alternativgesetz* eingereicht hatte, muss man im Biga-Entwurf die gewerkschaftlichen Vorschläge wahrhaftig mit einer starken Lupe suchen.

Ein Schritt vor, einer zurück

So gewinnt man im grossen und ganzen den Eindruck, das Biga habe zwar fortschrittliche Lösungen angestrebt, sei aber über den eigenen Mut derart erschrocken, dass es handkehrum entsprechende Bremsen einbaute.

Unsere Hauptkritik am Entwurf gilt also in erster Linie der vagen «Sowohl-als-auch-Mentalität», welche wir jetzt anhand einiger Kostproben aufzeigen wollen.

Wohl am augenscheinlichsten kommt diese bei den *Anforderungen an die Lehrmeister* zum Ausdruck, setzt doch Artikel 11 eindeutig fest: *«Der Besuch der Ausbildungskurse ist für die Lehrmeister obligatorisch.»* Zweifellos wäre ein solches Obligatorium vollauf zu begrüssen, zumal der Stift den Hauptteil der Lehrzeit im Betrieb verbringt und daher auf fachlich und pädagogisch geschulte Lehrkräfte angewiesen ist. *Wäre,* denn die an sich fortschrittliche Bestimmung wird sogleich munter durchlöchert: Wer als Ausbilder oder Lehrmeister vor Inkrafttreten des Gesetzes auch nur einen einzigen Lehrling über die Notenhürde «Genügend» gebracht hat, hat offenbar sein Plansoll bereits so glänzend erfüllt, dass er zeitlebens keinen Ausbildungskurs besuchen muss.

Ein schlechter Witz? Nein, so steht es klipp und klar im Entwurf. Demgegenüber verlangt der SGB ein Ausbildungsobligatorium für alle Ausbilder. Ähnlich unverbindliche Richtlinien finden wir bei der *Weiterbildung für Berufsschullehrer;* wörtlich: *«Die Kantone können den Besuch von Fortbildungskursen für Lehrkräfte obligatorisch erklären.»* «Können», müssen aber nicht.

Lehrjahre sind oft keine Herrenjahre (Zeichnung aus «ran», DGB)

Billige Hilfskräfte

Jahr für Jahr werden unzählige *Lehrlinge als billige Hilfsarbeiter ausgenutzt,* obwohl eigentlich Autowaschen, Fensterputzen, Werkstattwischen und dergleichen nicht zum Ausbildungsprogramm gehören. Anstatt aber den leider weit verbreiteten Missbräuchen ein für allemal einen gehörigen Riegel zu schieben, übt sich das Biga bloss in widersprüchlicher Wortakrobatik: *«Der Lehrling darf zu andern als beruflichen Arbeiten nur angehalten werden, soweit diese mit dem Beruf im Zusammenhang stehen und die Ausbildung nicht beeinträchtigt wird»* (Art. 21, Abs. 1). Ich muss gestehen, dass mir der tiefere Sinn dieses Satzes auch nach wiederholtem Durchlesen verborgen bleibt. Es sei denn, das Biga mache das Unmögliche wahr und verwandle eine berufsfremde Arbeit gleichzeitig in eine berufsbezogene. Unmissverständlich äussert sich hingegen der SGB in seinem Alternativtext: *«Der Lehrling darf nur zu Arbeiten beigezogen werden, soweit diese mit der beruflichen Ausbildung in Zusammenhang stehen.»*

Nichts gelernt aus der Jugendarbeitslosigkeit?

«Angesichts beschränkter Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten von Lehraustretenden in ihrem erlernten Beruf drängt sich heute mehr denn je die Schaffung eines Berufsforschungsinstitutes auf, welches sämtliche Berufe umfasst, namentlich auch sogenannte Zukunftsberufe.» Dies hat der SBG im Sommer 1975 nebst andern Massnahmen dem Bundesrat als vordringliche Aufgabe zum Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorgeschlagen. Kaum jemand wagt zu bestreiten, dass eine genaue Abklärung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs enorm wichtig ist, wenn man die Jugendlichen nicht erneut in Ausbildungsengpässe lotsen will. Überdies müsste eine zeitgerechte Berufsforschung die einzelnen Berufe und deren Beziehungen inhaltlich definieren, um zukunftsbezogene Ausbildungsprogramme zu gewährleisten.

Nun gut, auch das Biga erklärt, die Berufsbildungsforschung sei «mit allen Mitteln zu fördern». Im Klartext bedeutet das allerdings, der Bund *könne an schon bestehende Einrichtungen* Forschungsaufträge erteilen; von einem eigenen Institut, wie es der SGB fordert, ist hingegen keine Rede. Ein weiteres Mal also: Unverbindlichkeit. Ebenso will das Biga die *mangelhafte Berufsberatung* praktisch beim alten belassen, indem es weder eine obligatorische Fachausbildung für Berater noch regelmässige Schulbesuche vorschreibt.

Zweifelhafte «Verbesserungen»

Kernstück des Gesetzentwurfes sind die sogenannten *Grundschulungskurse.* Sie *«sollen zu Beginn und während der Berufslehre immer dann stattfinden, wenn neue Arbeitstechniken zu lehren sind».* Das heisst: Die Lehrlinge werden von Zeit zu Zeit in überbetrieblichen Lehrgängen ausgebildet, um danach in der Lehrfirma die neu erworbenen Fertigkeiten zu üben und zu vertiefen. Die Durchführung solcher Kurse ist sicherlich zu begrüssen, wird aber leider dem freien Ermessen der Berufsverbände überlassen. Einmal mehr wird eine an sich fortschrittliche Regelung durch das ominöse Wörtchen «kann» verwässert, welches an zahlreichen andern Stellen des Entwurfs auftaucht. Diese übertriebene Vorsicht ist um so weniger verständlich, als eine breite Grundausbildung die berufliche Mobilität wesentlich fördert und den Willen zur Weiterbildung eher wecken kann.

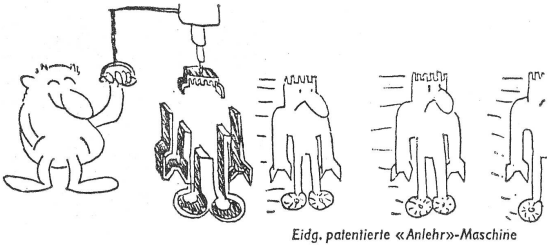
Die besten Grundschulungskurse bleiben jedoch kaum mehr als ein Sandkastenspiel, wenn der Stift danach im Lehrbetrieb die neu erlernten Fertigkeiten nicht ausgiebig üben kann. Dazu ist eine kontinuierliche, strengere Kontrolle notwendig, welche nicht bloss als Feuerwehr in Erscheinung tritt. Unwillkürlich geraten wir also der «heiligen Kuh» im schweizerischen Lehrlingswesen, der Meisterlehre, ins Gehege.

Abgesehen von den erwähnten Zweideutigkeiten beschert uns der Gesetzentwurf bedenkliche, geradezu rückschrittliche Neuerungen. Augenfällig ist insbesondere die Tendenz, die Lehre in verstärktem Mass abzustufen, das heisst *verschiedene Klassen von Lehrlingen zu schaffen.* Folgerichtig sollen *Berufsmittelschule* und *Anlehre* gesetzlich zementiert werden.

Berufsmittelschule: Privileg der Besseren

Das Ziel der umstrittenen Berufsmittelschule wird vom Biga recht lapidarisch umschrieben: *«Einer Berufsschule kann eine Berufsmittelschule angegliedert werden. Diese vermittelt begabten Lehrlingen aller Berufe als Ergänzung zum Pflichtunterricht eine breite, der beruflichen und persönlichen Entwicklung dienende Bildung.»* Und die weniger begabten Lehrlinge, so muss man sich fragen, haben sie kein Recht auf eine «der persönlichen Entwicklung dienende Bildung»? Müssen nicht auch sie ihre Rolle als Staatsbürger, Konsumenten, Familienväter und -mütter usw. genausogut erfüllen wie diejenigen mit etwas höherem Notendurchschnitt? Obwohl die Zustimmung der Lehrmeister nicht mehr notwendig sein soll (was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist!), kann sich der SGB mit diesem neuen Schultypus nicht anfreunden.

Fortsetzung auf Seite 6



Eidg. patentierte «Anlehr»-Maschine

Sind die Ausbildungsprobleme der Studenten wirklich so verschieden von denen der Lehrlinge? Sie sind es, allerdings nicht so, dass ein Schulterschluss nicht möglich wäre. Die Studenten springen in obiger Karikatur wahrscheinlich bloss durch einen grösseren Ring und landen weicher. Aber sonst dürfte der Weg wirklich der gleiche sein.

Deshalb hilf auch Du mit bei der Sammelaktion des VSS und der Studentenschaften vom 25./26. Mai und melde Dich bei Deiner Studentenschaft. Falls Du in Deinem privaten Kreis Unterschriften sammeln willst, so kannst Du jederzeit Petitionsbogen beim VSS beziehen. Für nähere Auskünfte steht Dir auch Deine Studentenschaft zur Verfügung.

Schulterschluss

Der Versuch einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Studentenschaften und den Gewerkschaften tritt in eine neue Phase. Der bildungspolitische Vorstoss der Gewerkschaftsjugend (vgl. den Artikel auf dieser Seite) drängt sich für einen Schulterschluss geradezu auf. Von seiten der Studenten ist es nur zu begrüssen, dass sich eine gesellschaftlich bedeutsame Kraft wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) für bildungspolitische Belange zu engagieren beginnt. Auch wenn die SGB-Petition, die das hängige Berufsbildungsgesetz begleitet, vordergründig nichts mit Hochschulpolitik zu tun hat, können die Auswirkungen einer ausgebauten nichtakademischen Berufsbildung nicht verleugnet werden:

Einerseits vermag eine attraktive Berufsbildung, welche eine gute kulturelle und politische Bildung einschliesst, die nichtakademischen Berufe sozial aufzuwerten und damit den Ansturm auf die Hochschulen zu bremsen. Andererseits sollten auch die Akademiker, die erfahrungsgemäss und leider die Führungsschicht der Gesellschaft stellen, ein Interesse daran haben, dass ihre Mitarbeiter für eine echte Partnerschaft ausgebildet werden. Eine Partnerschaft, die diesen Namen verdient und nicht nur Ideologie zur Verschleierung der Eigentumsverhältnisse ist.

Bert Brecht schrieb einmal: «Komm, wir gehen zusammen fischen», sagte der Fischer zum Wurm.» Helfen wir als «Fischerlehrlinge» den «Würmern», sich gegen die Angel zur Wehr zu setzen. Eine Partnerschaft im Sinn des Brechtschen Zitates kann und soll nicht unser Anliegen sein. Vielmehr wollen wir mit den Gewerkschaften, die politisch unabhängig sind, für eine Zukunft einstehen, in der jeder Mensch, sei er Kopf- oder Handarbeiter, seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend ausgebildet ist. Dabei dürfen sich die Fähigkeiten nicht wie heute nach den Konjunkturzyklen richten.

Nur nebenbei sei vermerkt, dass die Forderung der Petition, «dass junge Menschen nicht nur auf die berufliche Laufbahn vorzubereiten sind, sondern auf das Leben, auf ihre Stellung in der Gesellschaft als Staatsbürger, Erzieher und Konsument», nicht nur für die nichtakademische Berufsbildung gilt, sondern auch für Studenten, zukünftige Lehrer usw. Ebensowenig entsprechen die Petitionsforderungen einer bestimmten politischen Richtung. Ich kann deshalb nur hoffen, dass sich möglichst viele Studenten zur Unterschrift und zum Sammeln bereitfinden werden.

Ernst Schneider
VSS-Vorstandsmitglied

Techniker im Kommen

Der Studentenverband schweizerischer Techniken (SST) hat im VSS so etwas wie einen Beobachterstatus inne. Anlässlich eines Besuches seines Präsidenten, Bruno Bernet, beim VSS-Vorstand wurde folgendes Gespräch aufgezeichnet.

VSS: Bruno, kannst du den SST kurz vorstellen?

Bernet: Der SST ist auch ein Dachverband wie der VSS. Wir vertreten insgesamt an die 4400 Studenten beziehungsweise ihre bildungspolitischen Interessen. Ausserdem versuchen wir unsere Dienstleistungen auszubauen. Im übrigen sind wir ähnlich aufgebaut wie der VSS. Der Vorstand ist an keine Partei gebunden; dies entspricht auch unserer Basis, bei der die politische Diskussion erst am Anlaufen ist. Vielleicht auch als Folge der Rezession.

VSS: Stichwort Rezession: Wir haben gehört, dass es enorm viele stellenlose Absolventen bei euch gibt.

Bernet: Ja, z. B. in meiner Abschlussklasse hatte bei der Diplomfeier bloss einer von 15 in der Schweiz eine Stelle. Dies ist ein krasses Beispiel, aber für die Situation bei den Feintechnikern nicht untypisch. Denn bei der feintechnischen Abteilung ging über die Hälfte der Absolventen in die Uhrenindustrie. Dort ist der Konjunktureinbruch nun auch äusserst tief. Zusätzliche Probleme haben die Ausländer. Sie haben meist nur eine Aufenthaltsbewilligung für die Studienzeit, dann werden sie abgeschoben.

VSS: Die Rezession hat doch bestimmt Auswirkungen auf das Arbeitsklima in den Techniken.

Bernet: Man sollte es meinen. Aber bei uns gehört die Streberhaltung von jeher zum Klima. Die Schraube konnte kaum mehr fester angezogen werden. Bei 41–45 Lektionen pro Woche kann man kaum anders als das Letzte geben.

VSS: Wo nehmen denn die Leute die Zeit her für irgendwelche Betätigungen, Hobbies oder z. B. Verbandaktivitäten?

Bernet: Das ist für uns ein sehr grosses Problem, das sich fast nicht lösen lässt. Trotzdem sind die Kulturveranstaltungen, Vorträge und Filme, die organisiert werden, nicht schlecht besucht.

VSS: Ihr wurdet anlässlich der Vernehmlassung eingeladen, zum Berufsbildungsgesetz, d. h. zum Biga-Entwurf, Stellung zu beziehen. Kannst du uns kurz eure Ansichten zusammenfassen?

Bernet: Für uns war es bedauerlich, dass entgegen allen Erwartungen kein Hinweis auf die *Allgemeinbildung* bei der Aufgabenbeschreibung der Höheren Technischen Lehranstalten zu finden ist. In diesem Zusammenhang wird lediglich davon gesprochen, dass «eine *sprachliche Grundausbildung»* vermittelt werden soll.

Angesichts der Tatsache, dass schon heute der Studienplan dieser Lehranstalten eine relativ breite Allgemeinbildung vorsieht, würde die vorgeschlagene enge Formulierung eine bedauerliche Kehrtwende einleiten und zu unerwünschten bildungspolitischen Konsequenzen führen.

Ausserdem möchte ich festhalten, dass uns neben der Allgemeinbildung auch die Förderung der *beruflichen Weiterbildung* ein ernsthaftes Anliegen ist. Persönlich sehe ich es nicht ungern, dass der VSS die Petition der Gewerkschaftsjugend unterstützt. Dies dürfte die Diskussion um das Berufsbildungsgesetz zusätzlich bereichern und die Chance einer befriedigenden Lösung erhöhen.

VSS: Bruno Bernet, wir danken dir für das Gespräch.

Mehr Öffentlichkeit!

Zu einer wirklichen Demokratie gehörte die Information des Bürgers auch über Dinge, die ihm heute verschwiegen werden: zweifelhafte Geschäftsgebaren, Machenschaften der verschiedenen politischen Lobbies und manches mehr. «das konzept» möchte da eine Informationslücke füllen. Helfen Sie uns dabei, indem Sie uns einschlägige Unterlagen zustellen. Strengste Diskretion ist garantiert.

Fortsetzung von Seite 5

Unsere Haltung richtet sich keineswegs gegen die Berufsmittelschüler, welche – absolut zu Recht – die zusätzliche Bildungschance ausnutzen. Wir meinen aber, dass der Berufsschulunterricht nicht bloss für 3–4 Prozent der Lehrlinge, sondern für alle ausgebaut werden sollte. Anstelle der Berufsmittelschule fordern wir daher *wöchentlich zwei Tage Berufsschule für jeden Stift sowie die Einführung von Wahlpflichtfächern;* das heisst der Lehrling wird weiterhin den Pflichtunterricht besuchen, kann aber darüber hinaus aus einem breiten Angebot seine bevorzugten Fachgebiete auswählen, die er dann allerdings auch belegen muss. Allein auf diese Weise wird es der Berufsschule gelingen, den jungen Menschen auf seine zukünftigen Anforderungen (nicht nur die beruflichen) genügend vorzubereiten.

Anlehre: Abfalleimer für die Schlechteren

Mindestens ebenso fragwürdig wie die Berufsmittelschule ist die Anlehre, welcher das Biga nun einen offiziellen Anstrich geben will. Dahinter verbirgt sich nämlich ganz eindeutig die Absicht, *bei den Schulentlassenen strengere Massstäbe anzusetzen.* Im engmaschigen Sieb werden hauptsächlich Jugendliche aus bildungsfernen Schichten steckenbleiben. Ihnen soll also der Zugang zur Berufslehre zum vornherein versperrt sein; gleichsam als Trost verpasst man ihnen dafür eine Schnellbleiche und stempelt sie solchermassen zu beruflichen «Fachidioten».

Dass die Angelernten bei Entlassungen jeweils als erste in den sauren Apfel beissen müssen, wird dabei grosszügig übersehen. Die bedenkliche Tendenz zur Lehrstellenverknappung nimmt das Biga wohl als «Naturereignis» hin, wenn es schreibt: «*Für die Regelung der Anlehre spricht auch der Umstand, dass im Gefolge einer veränderten Wirtschaftslage möglicherweise weniger Lehrstellen zur Verfügung stehen werden.*» Anstatt endlich den Bau von Lehrwerkstätten kräftig voranzutreiben, propagiert man die Anlehre als Auffangbecken; das ist natürlich bequemer – und billiger.

Wir haben den Entwurf zum neuen Berufsbildungsgesetz jetzt nur in sehr groben Zügen geschildert, doch eines dürfte klargeworden sein: Tiefgreifende, wirklich echte Fortschritte sind vom Biga nicht zu erwarten. Es hütet sich geflissentlich vor «*spektakulären, in der heutigen Zeit der Unsicherheit nicht verantwortbaren Neuerungen*». Und was «verantwortbar» ist, bestimmen bei uns allemal die Arbeitgeber.

Der SGB ist aber nicht bereit, das lauwarme Süpplein gehorsam zu schlukken. Vor allem finden wir, dass die Revision des Berufsbildungsgesetzes nicht einfach über die Köpfe der Betroffenen hinweg verordnet werden darf. Aus diesem Grund haben wir zusätzlich zur Vernehmlassung in der ganzen Schweiz eine Petition lanciert, welche unsere wichtigsten Reformvorschläge enthält. Petition heisst zwar soviel wie Bittschrift. Damit indessen keine Missverständnisse aufkommen: Wir bitten nicht, wir fordern. Unsere Forderungen sind um so verbindlicher, je mehr Gleichgesinnte sich uns anschliessen. Selbstverständlich auch die Studenten. Die straffe Aufteilung in verschiedene «Stärkeklassen» (Anlehre, Berufsmittelschule usw.) wird ja von Unternehmerseite ganz ähnlich für die Hochschulen propagiert, damit sich die Ausbildung möglichst bruchlos und rasch verwerten lässt. Unterstützt deshalb aktiv die Petition des SBG – als Zeichen der Vernunft, der Solidarität!

Arbeitslose als Argument für Waffenausfuhr

Ein Volk von Waffenschmieden

Die jüngsten Zahlen über die schweizerische Kriegsmaterialausfuhr lassen keinen Zweifel mehr offen: Die Handhabung des Kriegsmaterialgesetzes durch den Bundesrat, das heisst die Erteilung der Exportbewilligungen, ist äusserst large. Während einiger Zeit hofften die Kritiker der Waffenausfuhr, dass die nur knapp abgelehnte Volksinitiative für ein Waffenausfuhrverbot zumindest zu einer zurückhaltenden Ausfuhrbewilligungspolitik führen werde. Die Zahlen beweisen jedoch das Gegenteil: Allein im letzten Jahr ist der schweizerische Kriegsmaterialexport um 55 Prozent auf 370 Millionen Franken gestiegen. Damit rückt die schweizerische Waffenausfuhr in die Nähe der Ausfuhrwerte für Käse (1975: 421 Millionen Franken) oder Fahrzeuge (1975: 381 Millionen Franken).

Beste Kunden: Spanien und Persien

Was jedoch die schweizerische Öffentlichkeit noch mehr erstaunt als dieser neue Ausfuhrrekord, ist die Tatsache, dass 56 Prozent der Ausfuhren von Kriegsmaterial in die beiden Länder Spanien und Persien gingen. Jedem, der sich um das innenpolitische Geschehen in diesen Regionen etwas kümmert, ist längst klargeworden, wie kritisch diese Gebiete in bezug auf die Bestimmungen des Kriegsmaterialgesetzes zu beurteilen sind.

Artikel 11/2 dieses Gesetzes schreibt vor, es dürften keine Ausfuhrbewilligungen erteilt werden

«a) nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher auszubrechen droht oder sonstwie gefährliche Spannungen bestehen,

b) wenn Grund zur Annahme besteht, dass Kriegsmaterallieferungen in ein bestimmtes Land die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde sowie im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe, beeinträchtigen».

Trotz dieser doch eigentlich klaren Gesetzesbestimmung wurde der Anteil an den Kriegsmaterialexporten, der an Persien und Spanien ging, von 25 Prozent im Jahr 1971 auf 56 Prozent im Jahr 1975 gesteigert. Persien erhielt im vergangenen Jahr Kriegsmaterialiefer-ungen für 119 Millionen Franken, Spanien für 88 Millionen. Der Anteil des Kriegsmaterials an der gesamten Ausfuhr der Schweiz nach Spanien vergrösserte sich von 0,4 Prozent im Jahr 1972 auf 10 Prozent im vergangenen Jahr. Eine derartige Steigerung lässt sich wohl kaum mit dem Argument abtun, dass es sich hier bloss um einen kurzfristigen Auftrag handle. Vielmehr hat sich die Schweiz – insbesondere die *Oerlikon-Bührle Holding* – ein Monopol in der Ausrüstung Spaniens mit Fliegerabwehrkanonen, Feuerleitgeräten und Munition geschaffen. Folgeaufträge werden nicht ausbleiben.

Der Bundesrat weicht aus

Immer wieder versuchen Parlamentarier, Auskünfte über die Kriterien der Exportbewilligungen zu erhalten – vergeblich. Der Bundesrat wich in seinen Antworten stets aus. So rechtfertigte er die Lieferungen an Spanien am 22. Januar dieses Jahres mit der Feststellung, dass die «*neuesten Entwicklungen in Spanien eine Wende erkennen lassen*». EMD-Chef Gnägi attestiert Persien das Recht auf eine «*angemessene Landesverteidigung*». Niemand sprach jedoch von den über 130 Todesurteilen, die während der letzten zwei Jahre über persische Oppositionelle gefällt wurden. Niemand spricht über den Krieg, den Iran gegen die Befreiungsbewegung von Oman führt. Gerade jener Macht, die sich mit einem phantastischen ökonomischen Aufwand zur Herrschaft über den Mittleren Osten aufschwingt, zum neuen Stützpunkt imperialer Interessen, wird von unsern Behörden eine rein defensive militärische Haltung zuerkannt. Der «*Ermessensspielraum*», den die Landesregierung in der Auslegung des Kriegsmaterialgesetzes für sich beansprucht, ist in Wirklichkeit der ständige Versuch, den Verstoss gegen humanitäre Grundsätze der Eidgenossenschaft zu rechtfertigen.

Waffenexporte hemmen die Entwicklung . . .

Stellt man die Frage nach den Auswirkungen der Waffenexporte in den Empfängerländern, so lässt sich eine Reihe von Negativpunkten aufführen, die den Anspruch der Lieferländer, eine nützliche Tat zu vollbringen, vollends zerstören. Einmal binden Rüstungslieferungen Finanzen, die – besonders in Entwicklungsländern – für Nahrungsmittelimporte verwendet werden müssten. Sodann schafft die Abhängigkeit von bestimmten Waffensystemen aus entwickelten Ländern eine ständige Nachfrage, die durch immer teurere Waffensysteme befriedigt werden muss. Die durchschnittliche Preisentwicklung zeigt, dass sich innerhalb weniger Jahre die Preise der entsprechenden Nachfolgemuster vervielfachen. Wartung und Integration hochkomplexer Waffensysteme erfordern eine entwickelte Infrastruktur, die nur von den Zentren der unterentwickelten Ländern erbracht werden kann. Waffenlieferungen vergrössern damit das Entwicklungsgefälle in den einzelnen Ländern. In regionalen Konflikten heizen Waffenlieferungen den regionalen Rüstungswettlauf an. Im Nahen Osten, in Indien und Pakistan, in Lateinamerika hat sich die Qualität und Technik der Waffen in den letzten Jahren stark erhöht. Die jeweiligen Gegner sind gezwungen, ebenso gute Panzer, Fliegerabwehrgeschütze oder Flugzeuge zu kaufen.

. . . und zementieren ungerechte Strukturen

Viele Rüstungsgüter dienen einer Oberschicht oder einer Militärdiktatur, ihre Herrschaft zu sichern. Es ist keineswegs so, dass sich moderne Waffensysteme innenpolitisch nicht mehr verwenden lassen. Der Militärputsch in Chile beispielsweise wurde mit sehr modernem Gerät geführt. Funkanlagen erlaubten den Aggressoren die Information und rasche Einsatzplanung. Kampfhelikopter lassen sich gegen Guerillas ohne weiteres einsetzen. Die Zahl der ins Kampfgeschehen einbezogenen Zivilisten steigt sprungartig an. Die Verwüstung der Städte ist heute die Folge lokaler Konflikte, wie das Beispiel des Libanons zeigt. Der Export hochentwickelter Waffensysteme wirkt sich katastrophal aus.

Rechtfertigung durch die Rezession

In einem unlängst veröffentlichten Communiqué schreibt das Eidgenössische Militärdepartement: «*13 schweizerische Unternehmen haben für mehr als eine Million Franken Kriegsmaterial ausgeführt. Diese wichtigen Herstellerfirmen beschäftigen neben ihrem eigenen Personal zahlreiche Unterlieferanten. Es ergibt sich somit eine recht breite Streuung beschäftigungswirksamer Aufträge.*» Dieses Argument ist in jüngster Zeit eindeutig zum Kernstück der Rechtfertigung schweizerischer Kriegsmaterialexporte geworden: Dem Bürger wird damit erklärt, dass angesichts der innenpolitischen Krisenerscheinungen die aussenpolitischen Verhaltensnormen, wie sie beispielsweise im Kriegsmaterialgesetz niedergelegt sind, nicht mehr ohne weiteres eingehalten werden können. Die simple Feststellung, dass durch Kriegsmaterialexporte Arbeitsplätze erhalten oder gar neu geschaffen werden, dürfte indessen nicht einfach unbesehen akzeptiert werden. Vorab wäre einmal die Frage aufzuwerfen, in welchem Ausmass die Rüstungsproduktion und im besondern der Kriegsmaterialexport die Beschäftigungslage zu beeinflussen vermag. Offizielle Zahlen stehen zur Beantwortung dieser Frage kaum zur Verfügung, weshalb man auf grobe Schätzungen angewiesen ist.

Die Industriestatistik des Biga gibt im Sektor «Waffen und Munition» 13 private Betriebe mit 5525 Beschäftigten an. Im Sektor «Sprengstoffe und Schiesspulver» kommen 949 Arbeitsplätze hinzu, was insgesamt also 6474 abhängige Arbeitsplätze ergibt. Hier hinzu kommen nun allerdings noch die Anteile von «Vorleistungen», die nicht unter der Endfertigungsrubrik des Kriegsmaterials erscheinen. Diese Leistungen werden von Unterlieferanten erbracht, deren Zahl in die Tausende geht. Lediglich etwa 150 dieser Unterlieferanten produzieren indessen «Schlüsselteile» für die Rüstungsindustrie. Nimmt man an, dass diese Unterlieferanten durchschnittlich zehn Personen für diese Produktion beschäftigen, so erhält man eine Gesamtzahl von rund *8000* abhängigen Arbeitsplätzen von der Rüstungsproduktion.

Diese Schätzung erscheint nicht unglaubwürdig, wenn man sie mit einer Untersuchung vergleicht, die anlässlich der Kampagne um die Waffenausfuhrverbotsinitiative vom EMD veranlasst wurde. Gemäss dieser Untersuchung waren zwischen 1964 und 1968 durchschnittlich 6080 Personen in der privaten Rüstungsindustrie beschäftigt. Für den *Export* arbeiteten 3305 Beschäftigte, was rund 54 Prozent entspricht. In den letzten Jahren stiegen jedoch die Kriegsmaterialexporte wesentlich stärker an als die Inlandaufträge des Bundes. 1975 dürften etwa 5600 Arbeitsplätze vom Kriegsmaterialexport abhängig gewesen sein, was rund 1 Prozent der schweizerischen Beschäftigten gemäss Industriestatistik sind. Damit wird deutlich, dass mittels des Kriegsmaterialexportes die Beschäftigungslage im grossen und ganzen kaum merklich beeinflusst werden kann.

Arbeitnehmer besser schützen

Dass ein *Ausfuhrverbot* für Persien und Spanien, auch wenn gesamtwirtschaftlich kaum von grosser Bedeutung, im jetzigen Zeitpunkt für gewisse Betriebe Probleme mit sich brächte, sei nicht verschwiegen: Aufgrund der dargelegten Schätzungen würden 3100 Personen arbeitslos. Hier ist nun allerdings zu bedenken, dass ein Ausfuhrstopp mindestens für diese beiden Länder durchaus nicht allein nur im Hinblick auf eine restriktivere Auslegung des Kriegsmaterialgesetzes denkbar ist, auch neutralitätspolitische Gründe könnten dazu führen. Müsste solchen Möglichkeiten, im Interesse der Arbeitnehmer in den Rüstungsbetrieben, nicht vorgebeugt werden? Beispielsweise durch einen Zusatz im Kriegsmaterialgesetz, gemäss welchem der Bundesrat Exportbewilligungen nur dann erteilen könnte, wenn die betreffenden Firmen in der Lage wären, bei einem plötzlichen Embargo Entlassungen aufzufangen.

Andreas Lutz

Gilgens Argumente

Der Zürcher Erziehungsdirektor Gilgen und seine Hochschulkommission (HK) möchten dem «konzept» den Garaus machen und werfen der Redaktion Rechtswidrigkeit vor (vgl. «redaktionelles» Seite 2). Nachstehend drucken wir vollumfänglich die konkreten inhaltlichen Argumente ab, welche die HK gegen uns vorbringen konnte:

Angesichts dieser Beweislast verzichtet die Redaktion auf eine Rechtfertigung.

das konzept zu Wirtschaftsfragen

Nr.		
1/76	**Arbeits-Los-Spiel**	Ein alternatives Würfelspiel für 2–8 Personen
12/75	**Rüstung**	Tiger-Bestechungsaffäre – Arbeitsbeschaffung und Waffenexport
11/75	**Banken Baugewerbe**	Feudalismus in der Kreditanstalt Die Krise im Baugewerbe
9÷10/75	**Verwaltungsräte**	Interview mit Ständerat und Multiverwaltungsrat Honnegger
5/75	**Wirtschaftspropaganda**	«Aktion Freiheit und Verantwortung»
2/75	**Wirtschaftskrise Umstrukturierungen**	Den Kleinen an den Kragen – Ursachen und Folgen der Flaute; dazu eine «konzept»-Umfrage bei hohen Tieren
1/75	**Wirtschaftsgerechte Meinungsbildung**	Public Relations der Grossunternehmen und Grossbanken
7/74	**Führungsmethoden**	«Moderne Führungstechnik»: Zucker und Peitsche
4/74	**Machtverfilzung**	Ständerat Honeggers Auftraggeber
3/74	**Wirtschaftsmacht Schweiz**	«Das heimliche Imperium – ein Wasserkopf?»
1/74	**Multinationale**	Die wachsende Macht der Multis
2/3	**Arbeitsbedingungen in der Fabrik**	«Menschen sind billiger»
2/2	**Inflation**	Wer die Inflation wirklich macht
2/1	**Aktiensystem**	Wie Firmen andere in der Hand haben können

Jede Nummer ist gegen Fr. 1.50 in Briefmarken erhältlich bei «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich

Modell-Zivildienst '76!

Wirtschaftliche Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit sind weltweite Ursachen von Gewalt und Unterdrückung. Der Zivildienst soll Teil einer alternativen Sicherheitspolitik sein, welche die Wurzeln der Konflikte angeht. Aktionsfeld sind Randgebiete und Randgruppen unserer Gesellschaft. Zivildienst ist Hilfe zur Selbsthilfe. Zivildienst heisst Bewusstwerdung. Aufklärung und Information sind neben der handfesten Hilfeleistung Hauptaufgaben. Zivildienst bedeutet aktive Friedenspolitik.

In der Schweiz gibt es Vorschläge, wie man die Militärdienstverweigerer in einem zivilen Ersatzdienst versorgen kann. Es gibt wenig Vorstellungen darüber, wie ein Zivildienst aussehen soll. Und es gibt kaum Zivildienstkonzeptionen. Erst recht nicht konkrete Beispiele.

Mit dem Modell-Zivildienst '76 werden Forderungen aufgestellt:

- *qualifizierter Zivildienst in Projektauswahl und Realisierung*
- *internationale Dienstleistung und Beteiligung; Männer und Frauen*
- *Mitbestimmung und Selbstverantwortung in der Zivildienstgruppe*

Mit dem Modell-Zivildienst '76 werden Forderungen aber auch praktisch erprobt und ausgewertet.

Das Projekt: Das ehemalige Kasernenareal soll zu einem Kommunikationszentrum werden. Als Treffpunkt in einem Unterschichtquartier Basels. Initiativgruppen und Randgruppen sollen die Chance haben, das Areal nach ihren Bedürfnissen zu nutzen. Zumindest bis zum endgültigen Verwendungsentscheid durch die Basler Bevölkerung. Diese Ideen vertritt die «Interessengemeinschaft Kasernenareal» (IKA). Einiges ist bereits realisiert. Der Modell-Zivildienst '76 unterstützt die Arbeiten der IKA. Er soll die Öffnung und Belebung des Kasernenareals vorantreiben.

Wer kann teilnehmen? Wer Interesse an Idee und Projekt hat. Wer bereit ist, 3 Monate Zeit und Arbeit zu investieren (vom 5. Juli bis 2. Oktober 1976). Wer mindestens 18 Jahre alt ist. Wer sein Interesse in die Tat umsetzt und die nötigen Informationen anfordert.

SCI (Service Civil International), Arbeitsgruppe Zivildienst, Postfach 119, 4009 Basel.

Für nur 10 Franken erhalten Sie «das konzept» bis Ende Jahr ins Haus. Monatlich eine kritische Alternative zum bürgerlichen Presse-Eintopf.

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. ***Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt*** *(Ausweiskopie beilegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr. Ich bestelle ein Abonnement «das konzept» (Zutreffendes ankreuzen):*

☐ *Juni bis Dezember 76 für 10 Fr. (Ausland 14 Fr.)*
☐ *zum Schülerpreis von 8 Fr. (Ausweiskopie beilegen!)*
☐ *zusammen mit dem «zürcher student» (Juni 76 bis Febr. 77) für 18 Fr.*
☐ *Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)*

Name, Vorname:

Adresse mit PLZ:

Beruf:

Datum:

Talon einsenden an: ***«das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich***

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten/als Probenummer*/ am Kiosk*/auf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (*Zutreffendes unterstreichen):*

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): dk 76/5

Zürich hat wieder eine linke Tageszeitung!

Als Ersatz für die untergegangene Zürcher «AZ» erscheint seit 1. Mai das «Volksrecht» als Kopfblatt des «Freien Aargauers» mit einer Zürcher Lokalseite. Diese Lokalseite kann aber nur gehalten werden, wenn das Volksrecht bis Ende Monat mindestens 3000 Abonnenten findet.

Mit dem «Volksrecht» für die Rechte des Volkes

Ich bestelle ein Abonnement bis Ende 1976 zu Fr. 43.–

Name Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Unterschrift

Beruf Jahrgang

Falls Mitglied der SP, Sektion

Falls Gewerkschaftsmitglied, Sektion

Einsenden an die Redaktion Volksrecht, Morgartenstrasse 2, 8004 Zürich

In den Fesseln des multinationalen Kapitals

Wirtschaft und Unterdrückung in Chile

Die chilenische Armee ist in sich tief zerstritten. Englische Zeitungen haben namentlich über Meinungsverschiedenheiten zwischen General Leigh, Kommandant der Luftwaffe, und General Pinochet berichtet. Gewisse Militärs, denen Washington politische Unterstützung zusichert, würden dem gegenwärtigen Terror eine «saubere» Diktatur mit repressiven Methoden weniger provokanter Art vorziehen. Aber, wie James Petras nachweist*, liegt das wahre Problem darin, dass eine bestimmte Wirtschaftsordnung untrennbar verknüpft ist mit einer brutalen Diktatur.

Übersetzt aus «Le Monde Diplomatique»

Quasi alle Länder der Welt verurteilen heute die chilenische Junta aufgrund ihrer systematischen Anwendung der Folter, ihrer permanenten Missachtung der Menschenrechte und ihrer Polizeistaatmethoden. Nach dem Blutbad der ersten dem Putsch folgenden Monate säubert die Junta dauernd in allen Bereichen des öffentlichen und des privaten Lebens weiter. Diese blutige Repression betrifft mitnichten bloss die Linke. Auch führende Christdemokraten, ja selbst anfänglich militante Anhänger der Junta haben die Härte der Geheimpolizei (DINA) zu spüren bekommen. Die Berichte der internationalen Organisationen und die Appelle des Vatikans haben fast nur auf die Verletzung der Menschenrechte aufmerksam gemacht. Nicht genügend diskutiert wurden hingegen die sozioökonomische Lage des Landes und die Entwicklungsstrategie der Junta. Die diktatorische Politik ist nämlich nichts anderes als die Kehrseite der Medaille einer «liberalen» Wirtschaft. Nur mit Hilfe ihres allgegenwärtigen Terrors können die Militärs und ihre Ökonomen das neoliberale Wirtschaftsmodell durchsetzen, das ihre Lehrmeister, die Professoren *Milton Friedman* und *Arnold Harberger* aus Chicago, ihnen empfohlen haben.

In den heutigen kapitalistischen Gesellschaften stellt der «freie Markt» einen Mechanismus dar, der bezweckt, die staatlichen Wirtschaftsinterventionen zu entkräften und die politische und ökonomische Macht nationalen oder ausländischen kapitalistischen Monopolen zu übertragen. Diese Reichtums- und Machtverschiebungen zum Schaden der Lohnabhängigen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen wären nicht möglich ohne rigorosen Polizeistaat. Während die Folter, die Konzentrationslager und der politische Terror Hunderttausende von Chilenen treffen, erfahren Millionen, nämlich mehr als 80% der Bevölkerung, die «ökonomische Repression».

Ein Volksfest in Arica (Hafenstadt im Norden Chiles mit ca. 90 000 Einwohnern) gibt der Junta Anlass zu einer Machtdemonstration mit Truppenparade . . .

Löhne unter dem Existenzminimum

Die ökonomische Entwicklungsstrategie der Junta besteht aus

- der Ermutigung zu privaten Investitionen,
- dem Schutz des Privateigentums und
- dem Anreiz zur Konkurrenz.

Um das Wachstum der Privatwirtschaft zu fördern, setzt die Junta alles daran, ausländisches Kapital anzuziehen und die ausländischen Märkte zu erforschen. Zu diesem Zweck versucht sie die Preise stabil zu halten, durch eine Reduktion der Staatsausgaben und eine restriktive Geldmengenpolitik. Um die Konkurrenz einzuheizen, hat sie die Zollschranken gelockert und damit den ausländischen Produkten die lokalen Märkte erschlossen. Um die Exporte zu fördern, hat sie kürzlich einmal mehr den Escudo abgewertet und die Arbeitgeber dazu ermächtigt, tiefere als «marktkonforme» Löhne, das heisst: Löhne weit unter dem Existenzminimum, zu zahlen.

Die Wirtschaftstätigkeit des Staates ist völlig unbedeutend geworden; um so mehr und immer ausschliesslicher werden aber die Polizeifunktionen als staatliche Hauptaufgabe wahrgenommen. Ganz im Gegensatz zu den Behauptungen der Anhänger Milton Friedmans hat die freie Marktwirtschaft die Staatsbürokratie beträchtlich entwickelt. Anstelle von Investitionsanreizen hat die Junta für die Realisierung hoher Gewinne optimal politische und arbeitsmarktspezifische Voraussetzungen geschaffen: totale Kontrolle über die Arbeit, um den Kapitalisten disziplinierte, gefügige und beliebig ausbeutbare Arbeiter anzubieten, und ein Verbot der nationalistischen Parteien, als Garantie für die kapitalistische Sicherheit. Nach Auffassung der Junta und von deren Ökonomen sollten die spontanen Kräfte des Marktes Gerechtigkeit, Expansion, Stabilität und einen hohen Lebensstandard erzeugen!

Ein Entwicklungskonzept für hohe Profite

Die Wirtschaftsspezialisten der Junta haben die Methoden der Schocktherapie, wie sie Prof. Friedman und Prof. Harberger empfohlen haben, gewissenhaft erlernt und angewendet. Und die Geheimpolizei hat das Ihre getan, um eine «saubere» Abwicklung der Operationen zu garantieren: Die Konzentrationslager haben sich nicht geleert. Im Gegensatz zu den Ereignissen während der Volksfrontregierung, als die kapitalistische Opposition allen Spielraum hatte, um die Regierungsprogramme und die Wirtschaft zu sabotieren, ist bis heute der Produktion keine ernsthafte Opposition erwachsen; die Junta ist also allein verantwortlich für ihre Irrtümer und Misserfolge.

Für 1974 hat die Junta eine Inflationsrate von 400% angegeben (nach der Schätzung der Weltbank betrug sie allerdings 600%). Für die ersten acht Monate des Jahres 1975 errechnete man eine Inflationsrate von 221,2%. Diese galoppierende Inflation ist die Konsequenz aus der spekulativen Tätigkeit der Finanzinstitute, den ständigen Abwertungen mit dem Ziel, die Grossexporteure zu begünstigen, und dem Fehlen jeglicher Gewinnkontrollen der grossen Monopole (die ihre Preise erhöhen, um das Sinken der Inlandnachfrage zu kompensieren). Die Kreise, auf die sich die Macht der Junta abstützt, sind identisch mit den Hauptinteressenten an einer massiven Inflation. Deshalb haben auch die drakonischen Kürzungen der Sozialausgaben, der Rückgang der öffentlichen Bautätigkeit und die harten Entlassungswellen nichts zur Drosselung der Inflation beigetragen. *Jorge Cauas*, massgebender Wirtschaftsführer, und die *«Ehemaligen von Chicago»*, wie die Ökonomen der Junta, die meisten eben Absolventen der Universität Chicago, genannt werden, verwirklichen nach wie vor Massnahmen zugunsten hoher Profite der Monopole. Da liegt eine der Hauptursachen der Inflation.

Die Unternehmerorganisation SOFOFA gibt an, dass die Produktion der ersten Monate im Jahr 1975 gegenüber jener des Vorjahres um 17% zurückgegangen ist; viele Firmen haben Konkurs gemacht.

- *CAP*, die wichtigste Eisenhütte des Landes, hat provisorisch einen ihrer Hochöfen in Huachipato ausser Betrieb gesetzt; nur die Hälfte der Produktion konnte im inländischen Markt noch abgesetzt werden.
- In drei grossen Textilfabriken, *Tome-Oveja, Fiad* und *Bellavista,* wird nur noch während drei Tagen pro Woche gearbeitet.
- Der Hauptthersteller von Kabeln hat im Mai 75 die Produktion eingestellt, aufgrund der grossen Lagerbestände und der Unmöglichkeit zu exportieren.
- *Lota-Schwager,* die grösste Kohlenmine des Landes, weist einen Lagerbestand von 250 000 Tonnen Kohlen auf infolge des Nachfragezusammenbruchs in der Eisenindustrie.
- Auch die Autoindustrie steckt tief in der Krise, wie der gewaltige Rückgang des Brennstoffverbrauchs, nämlich innert eines Jahres von 45 000 m³ auf 17 000 m³, zeigt. Hunderte von Zulieferbetrieben stehen am Rand des Bankrotts.

Der wirtschaftliche Ruin eines grossen Teils des Kleinbürgertums ist das Hauptergebnis der Wirtschaftsstrategie der Junta. Die Kleinhändler und die Patrons der mechanischen Werkstätten, die Taxichauffeure und die Camionneure sehen nun, angesichts gezielter Kreditverweigerungen und sinkender Kaufkraft, machtlos ihrem wirtschaftlichen Untergang entgegen und erfahren, dass der Antikommunismus ihre Rechnungen nicht begleicht. Trotzdem denken sie heute nicht an Boykott oder Aussperrungen.

Verarmung der Massen und Konzentration wirtschaftlicher Macht

Der Lebensstandard der Arbeiterschaft sinkt im heutigen Chile für lateinamerikanische Verhältnisse in noch nie dagewesenem Ausmass. Das Realeinkommen der am meisten Benachteiligten ist im Vergleich zu den Jahren 68/69 um 60% geschrumpft. Das ist die logische Folge der Junta-Doktrin: *«Freie Preise, freie Löhne»*. Im chilenischen «freien Markt» erlaubt zwar die Diktatur den Kapitalisten, die Preise beliebig hinaufzuschrauben, unterbindet hingegen brutal die Bestrebungen der Arbeiter für höhere Löhne. Das Ergebnis ist jene schreiende Armut, die man in allen Arbeitervierteln antrifft: Ungefähr 80% der Lohnabhängigen sind Opfer der Wirtschaftspolitik der Junta. 60% der Familien leben unter der Armutsschwelle; sie befinden sich permanent in einer extremen Notlage und leiden an schwerer Unterernährung. Mit dem minimalen Familieneinkommen von 18 000 Escudos, wie es die Junta 1974 festgesetzt hat, kommt eine mittlere Familie, auch wenn sie ihr ganzes Budget für die Ernährung einsetzt, kaum auf die Hälfte der medizinisch als lebensnotwendig erachteten Nahrungsmenge. Mitte 1975 hat die Junta die Arbeitslosenraten auf 16% beziffert; die Mehrzahl der Beobachter schätzt jedoch 20–25%, das wären rund 600 000 Chilenen, ungefähr doppelt so viele wie ein Jahr zuvor und ca. das Achtfache an Arbeitslosen im Vergleich zur Volksfrontzeit. Diese Verarmung mit ihrem volkswirtschaftlichen Aspekt des Kaufkraftschwunds zwingt die kleinen und mittleren Unternehmen, die vom inländischen Konsum abhängig sind, die Produktivität drastisch zu verringern, was die Krise zusätzlich verschärft.

Die Entwicklung der Einkommensverteilung zeigt nun deutlich, wie die Politik der Junta, die doch vorgab, die Chilenen zu einigen, die Klassengegensätze vertieft: Der Anteil der obersten Einkommensschicht – 5% der Bevölkerung – am totalen «Volkseinkommen» ist innert kurzer Zeit von 23% auf 50% angestiegen. Somit gehört Chile heute zu den Ländern mit den höchsten Einkommensdisparitäten innerhalb der dritten Welt. Kurz: Die Wirtschaftspolitik des «freien Marktes» hat bewirkt, dass das Volkseinkommen vermehrt in die Hände der herrschenden Klasse fliesst, die Unterdrückung der Arbeiterklasse zunimmt und der Mittelstand verarmt.

Profite für die Multis

Der Wirtschaftszerfall läuft parallel mit einer Konzentration der Wirtschaftsmacht. Das geschieht mit Hilfe von drei Mechanismen:

- der Preisgabe der inländischen an die internationale, multinationale Wirtschaft,
- der Reprivatisierung der Produktionsmittel und
- der Annullierung der Agrarreform.

Die alten amerikanischen Kupfergesellschaften haben von der Junta Hunderte von Millionen Dollars an «Entschädigungen» erhalten und sind zur Rückkehr eingeladen worden, um neue Gebiete im an Mineralien reichen Norden des Landes auszubeuten. *Dow Chemical, Firestone* und andere Multinationale haben ihre alten lukrativen Ländereien wieder in Besitz genommen. Die Junta hat heftig die Werbetrommel gerührt für ihre grosszügigen Offerten an alle interessierten multinationalen Gesellschaften für neue Konzessionen im Rohstoffgeschäft mit Kupfer, Erdöl, Holz und anderen natürlichen Ressourcen – und das zu den günstigsten Währungsbedingungen in der dritten Welt. Auch die Reprivatisierung der Banken und verschiedenen Unternehmungen des Staates ist sehr weit gediehen: Von einst 500 Staatsbetrieben sind heute nur noch 150 unter staatlicher Kontrolle, wovon 130 mit Sicherheit kapitalistischen Monopolbetrieben zufallen werden. Alle Firmen, die mit landwirtschaftlichen Produkten handeln, sind reprivatisiert worden. Die Mehrzahl der staatlichen Banken wurde der Finanzoligarchie übergeben. Sogar der grosse Friedhof Santiagos ist privaten Geschäftsleuten in die Hände gefallen! Ungefähr 60% der unter Frei und Allende enteigneten «Fundos» sind den Bauern weggenommen und den privaten Grossgrundbesitzern zurückgegeben worden. Das betrifft 3000 landwirtschaftliche Betriebe auf einer Fläche von 1,7 Mio. Hektaren.

Der Putsch, der die sozialistische und demokratische Regierung Allende

Fortsetzung auf Seite 8

. . . wobei alle 50 Meter ein Soldat mit Schweizer Sturmgewehr, Marke SIG, die Zuschauer längs der Strasse bewacht.

Die schweizerische Präsenz in Chile

«Nestlé kontrolliert fast die ganze industrialisierte Milchproduktion und die Produktion gemahlenen Kaffees, somit einen grossen Teil der (konservierten) Lebensmittelproduktion. Nestlé ist schon seit drei Jahrzehnten im Land tätig. Ihre Filiale, die Chiprodal SAI, kontrolliert sechs Fabriken: Graneros (Konservenmilch, Nescafé und Nebenprodukte), Los Angeles und Osorno (Konservenmilch), Llanquihue (Trokkenmilch), San Fernando (Maggi-Produkte, Bouillons und Suppen), Rancagua (Past-Milch). Die andere Nestlé-Filiale, La Savory, produziert in Santiago Glacen und tiefgekühlte Esswaren (Findus). Auch die schweizerische chemische Industrie ist sehr stark vertreten in Chile: Ciba-Geigy, Sandoz und Productos Farmaceuticos Roches geniessen eine privilegierte Stellung im chilenischen Gesundheitswesen. Bührle-Oerlikon, heute einer der wichtigsten Waffenlieferanten der faschistischen Junta, kontrolliert vier Unternehmungen der Maschinenindustrie, über die Filiale von Panama (Finsura). Im gleichen Sektor halten die Firmen Sika und BBC mächtige Positionen.»

Zitiert aus: «Une Suisse au-dessus de tout soupçon» von Jean Ziegler, erschienen bei Seuil, Paris, 1976

* «Le Monde Diplomatique» vom Januar 76, James Petras ist Soziologieprofessor an der Universität des Staates New York in Binghampton

A DER PFINGSCHTE...

PRAG 4. 6. - 7. 6. FR. 360.-
ROM 4. 6. - 8. 6. FR. 175.-
ISTANBUL 4. 6. - 7. 6. FR. 470.-
JEDERMANN TEILNAHMEBERECHTIGT

GAHTS AM RINGSCHTE

SSR SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST
Basel, Bern, Luzern, St.Gallen, Zürich

Fortsetzung von Seite 7

stürzte, hatte die Unterstützung von verschiedenen sozialen Kräften im Spannungsfeld zwischen dem Kleinbürgertum und den international tätigen Bankiers. Heute distanziert sich ein Grossteil dieser Kräfte aus unterschiedlichen Gründen von der Junta. Wie wir weiter oben gezeigt haben, erlitten die kleinbürgerlichen Eigentümer von Produktionsmitteln grosse wirtschaftliche Verluste. Bei den technischen Angestellten und den unteren und mittleren Kadern sind noch schlimmere Einkommenseinbussen und ein dramatischer Stellenmangel zu verzeichnen: Mehr als 40 000 Angestellte des öffentlichen Dienstes sind allein während der ersten sechs Monate des Jahres 1975 entlassen worden. Und 60 000 weitere Entlassungen sind vorgesehen im Rahmen des Notstandsprogramms gegen die Inflation.

Spaltung in der Machtbasis der Junta

Im Kampf gegen den «Etatismus» wurden viele landwirtschaftliche Institutionen (*INDAP, CORA, ICIRA* usw.) aufgelöst, und andere sind ihrer sozialpolitischen Bedeutung beraubt (*CORFO*). Das reale Einkommen der technischen Angestellten hat sich innert kurzer Zeit durchschnittlich halbiert. Statt den Mittelstand vor dem Kommunismus zu retten, ist die Junta also im Begriff, ihn armengenössig zu machen, so dass sich heute ein grosser Teil jener Schicht, auf der ursprünglich die Macht der Junta beruhte, gezwungen sieht, nach Venezuela, Ecuador oder in die USA auszuwandern. Auch in den Kadern, ganz besonders für die akademisch Gebildeten, ist das Desaster gewaltig: Nach dem Dekan des «Institutes der Wissenschaften», ernannt durch die Junta, haben 25% der Wissenschafter und Techniker Chile verlassen, was er für katastrophal hält, weil es das Land um 15 Jahre zurückwerfe. Pinochets Antwort darauf heisst: «*Der Wirtschaftsplan bringt sehr hohe soziale Kosten mit sich.*» Der Junta verbleiben zwei hauptsächliche Unterstützungskräfte: der Polizei- und Militärapparat und die Grosskapitalisten einerseits, der imperialistische Mutterstaat US-Amerika mit seiner Vormachtstellung im internationalen Bankensystem andererseits.

USA stützt das Regime

Seit dem Putsch hat Chile zwei Milliarden Dollar an Anleihen und Krediten in Empfang genommen, wovon 1,6 Milliarden von den USA und international tätigen Banken, die unter amerikanischen Kontrolle stehen. Der Internationale Währungsfonds hat 336 Mio. Dollar gespendet, die interamerikanische Entwicklungsbank 501,3 Mio., die Weltbank 101,2 Mio., die amerikanische Regierung 679,9 Mio. Diese, im Dienst des Imperialismus stehenden Institutionen, die es ablehnten, Allende Kredite und Anleihen zu gewähren, weil sie ihm Zahlungsfähigkeit absprachen, pumpen Summen in noch nie dagewesener Höhe in ein Regime, das systematisch höchste Inflationsraten provoziert, die Wirtschaft schwächt und die Bevölkerung aushungert.

Für den amerikanischen Imperialismus war die von der Arbeiterklasse unterstützte Regierung Allende eine Bedrohung, auf die er mit der Militärjunta antwortete. Sämtliche Chile-Debatten im amerikanischen Kongress und alle CIA-Enthüllungen durch Senator Church und andere liberale Demokraten blieben ohne jeglichen Einfluss auf die Fortsetzung der einzigartigen Finanzhilfe der Vereinigten Staaten an die Pinochet-Diktatur. Diese unaufhaltsame Lawine von Unterstützungsgeldern macht deutlich, wo in den USA die Machtzentren liegen, und zeigt insbesondere, dass die amerikanische Aussenpolitik gewiss nicht in den hehren «demokratischen Prozeduren» festgelegt wird.

Mit dem Zerfall der ursprünglichen Machtbasis der Junta haben die Parteien der politischen Rechten begonnen, sich wieder in der Opposition einzurichten. Einige Christdemokraten, so *Esteban, Tomic, Fuentealba, Leighton* und andere haben vorgeschlagen, mit der Volksfront zusammen eine antifaschistische Koalition aufzubauen. Auch weiter rechts hat man sich kritisch geäussert und versucht nun, sich mit gewissen Militärkreisen gegen den Wirtschaftsplan der «Ehemaligen von Chicago» zu alliieren, allerdings auch mit Front gegen die Linke. *Orlando Saenz*, Ex-Direktor des SOFOFA und bekannt als «*Handlungsreisender der Junta in Sachen Umsturz*» (vgl. Kästchen Zitat Ziegler), geht heute mit den Ökonomen an der Macht scharf ins Gericht: «*Es gibt wahre Verteidiger der Rezession und des Niedergangs, die darin Zeichen sehen wollen für den späteren Sieg über die Inflation. Sie sollten einen Psychiater konsultieren.*»

Eduardo Frei, der Führer der Christdemokraten, der mehr als alle andern dazu beigetragen hatte, die politischen Bedingungen für den Umsturz zu schaffen, hat offen die durch die Junta verursachte sozioökonomische Lage kritisiert. Mit dem Warnfinger auf den Misserfolg «früherer faschistischer Regimes» (er wagt noch nicht, sich mit Entschiedenheit zur Opposition zu bekennen) und das Vorprellen des Kommunismus zeigend, empfiehlt er den Diktatoren, ihm die Macht zurückzugeben, bevor es zu spät sei. Für Frei ist es klar, dass die wirtschaftlichen Veränderungen von oben her kommen müssen. Deshalb wendet er sich ohne Umschweife gegen jegliche Allianz mit der Linken. Nur die extreme Rechte, so «*Vaterland und Freiheit*» unter *Pablo Rodriguez*, hält im Zeichen einer «nationalen Läuterung» noch zu Pinochet. Immerhin findet aber auch Rodriguez, wenn die Inflation unheilvoll sei, treffe dies noch viel mehr zu auf den Hunger, die Arbeitslosigkeit und die soziale Desintegration.

Spannungen in der Junta

Die Faschisten versuchen durch solches «Verständnis» ihre einstigen Anhänger im Kleinbürgertum zurückzugewinnen, was angesichts der politischen Strukturen allerdings schwierig sein dürfte. Doch sogar in der Junta selbst gibt es, wie eingangs erwähnt, Risse, nämlich namentlich zwischen General Leigh und den «Ehemaligen von Chicago». Auf der Suche nach der verlorenen Unterstützung hat Leigh öffentlich die hohen sozialen Kosten der Wirtschaftspolitik der Junta angegriffen und ein Dekret von Pinochet kritisiert, dem zufolge Tausende von Einwohnern der Bidonvilles vertrieben werden sollten. Die Junta ist jetzt mit ihrer Politik im Engpass: Um die Bankiers und die ausländischen Gläubiger, ohne die sie zusammenbrechen würde, zu befriedigen, muss sie mehr und mehr die Stellung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Alliierten im Kleinbürgertum und in der Industrie untergraben. Indessen werden ohne deren aktive Unterstützung alle finanziellen Beihilfen um so nutzloser, je mehr sie nur noch der kurzfristigen Stabilisierung dienen (Zahlungsbilanzgewicht). Dieses Dilemma erzeugt einen wachsenden Unwillen unter den Kräften, die ursprünglich hinter den putschenden Militärs standen, ja sogar unter den herrschenden Militärs selbst.

Niemand kann bis jetzt den Riss in der Junta genau lokalisieren, aber mit der Verknappung der finanziellen Ressourcen und den verlängerten Notstandsmassnahmen mit ihren selektiven Effekt und dem Ausbleiben positiver Ergebnisse entsteht ein Druck von seiten der mittleren Kader in der Armee, der Truppenführer: Wenn eine gewisse Schwelle der Unzufriedenheit bei den Obersten und den Hauptleuten erreicht sein wird, könnte sich eine offene Opposition bilden, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass einer der höchsten Militärs sich von der immer stärker um sich greifenden Feindseligkeit gegenüber dem massiven Abbau an Lebensniveau Vorteile zu verschaffen verspricht.

Die internationalen Beziehungen

In einem internen Zirkular hat der chilenische Aussenminister die internationale Lage, in der sich die Junta behaupten muss, beschrieben. Gemäss dieser Selbsteinschätzung ist die Diktatur «*einer politischen Isolation ausgesetzt*» und weiter «*einem internationalen Boykott gegen Waffenlieferungen, feindseligen internationalen Organisationen, beschränkten oder geschlossenen Märkten in gewissen Ländern*». Das Zirkular hält fest, dass die Beziehungen zu Westeuropa (mit Ausnahme von Spanien und der *Schweiz!*) mehr oder weniger gestört sind, wegen der Anschuldigungen betreffend Missachtung der Menschenrechte. Diese mehrheitlich feindselige Haltung ist vor allem dem Druck der wichtigsten Arbeiterparteien und Gewerkschaften auf die Landesregierungen zu verdanken; in Italien hat sich zudem auch eine breite christdemokratische Opposition entwickelt. Zweifellos würde ein europäischer Boykott ohne die massive amerikanische Unterstützung der Junta unabsehbare Schwierigkeiten bereiten.

In Afrika – «mit Ausnahme von Ägypten und Südafrika» – hat Chile keine Vertretung. In Lateinamerika selbst hat Mexiko die Beziehungen zu Chile aufgekündigt. Kolumbien und Venezuela anerkennen das Militärregime nur «mit Vorbehalt». Einzig zu Brasilien und Argentinien gibt es gute Beziehungen.

Was die sozialistischen Länder anbelangt, so schlägt der Autor des Zirkulars vor, sollen die Beziehungen zu Peking intensiviert werden, um das Gegengewicht zur Opposition der Sowjetunion zu verstärken.

Die kommunistischen Länder, mit Ausnahme Rumäniens, der DDR und Chinas, haben der Junta jegliche Hilfe versagt und die Beziehungen zu Chile abgebrochen. Teilweise unterstützen sie exilierte Widerstandsgruppen.

Im Nahen Osten soll, gemäss Zirkular, der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Israel heute eine positive Haltung gegenüber Chile einnimmt. Das politische Gewicht und insbesondere die Vormachtstellung der Araber in der Energiewirtschaft werden als bedrohlich empfunden. Der Aussenminister verhüllt nicht, dass das Überleben der Junta von der finanziellen Unterstützung durch die *USA* abhängt, bezeichnet das diesbezügliche Verhältnis aber als «im allgemeinen gut», trotz der negativen Stimmung vor allem des demokratischen Lagers im Kongress.

In dieser Situation, noch verschlimmert durch die schwache Position des Kupfers im Weltmarkt und durch die weltweite Rezession, erscheint es, trotz äusserst billigen Arbeitskräften, als sehr unwahrscheinlich, dass sich Exportmärkte in genügendem Ausmass öffnen werden, um grosse Kapitalflüsse aus dem Ausland in Gang zu setzen, welche die Exporte unterstützen und die Produktion anheizen könnten. So lässt sich heute die Krisenlawine, in die sich die chilenische Wirtschaft mittlerweile verwandelt hat, weder durch inländische Aktivitäten (infolge der Schocktherapie) noch durch die Auslandnachfrage aufhalten. Die Junta hat also, um die Macht nicht zu verlieren, keine andere Wahl, als den Terror zugunsten der Privilegien jener winzigen Gruppe von Bankiers, Grossunternehmern und Grossgrundbesitzern aufrechtzuerhalten.

Die Wege des Volkswiderstands

Die tragische Verarmung der chilenischen Arbeiter hat der Geheimpolizei erlaubt, ihren Terror und damit die Angst der Massen zusehends zu verschärfen. Trotzdem ist es zu Streiks gekommen, namentlich in Eisen- und Kupferminen. Sabotageakte und bewaffnete Widerstandsgruppen gehören ins Alltagsbild. Polizisten und Militärs patrouillieren in den Arbeiterquartieren in Vierer- oder Fünfergruppen, um Aufstände im Keim zu ersticken. In den von allen Seiten her bedrohten Fabriken beginnen selbst die christdemokratischen Gewerkschaften von Pinochets Gnaden die Hungerlöhne in Frage zu stellen und gegen die zahlreichen Entlassungen, die auch ihre eigenen Mitglieder betreffen, zu protestieren. Auch sind diese Gewerkschaften immer weniger bereit, militante Arbeiter zu denunzieren. Noch wichtiger ist aber, dass gleichzeitig die Linke daran ist, im Untergrund tätige Gewerkschaften und Parteizellen in den Fabriken aufzubauen. Der Widerstand wird vor allem von den Kommunisten, den Sozialisten, dem *MIR* und der *MAPU* getragen. Wenn es auch in gewissen Fragen, vorwiegend allgemein menschenrechtlicher Natur, ein gemeinsames Vorgehen gibt, bestehen doch wichtige Meinungsverschiedenheiten unter diesen Trägern der Opposition, vor allem was Taktik und Strategie betrifft: Das MIR strebt eine Widerstandsbewegung an, die in einer geeinten Arbeiterklasse verankert sein muss, jedoch auch dissidente Christdemokraten anziehen sollte, Leute, die vollständig mit der Junta gebrochen haben und einem radikalen Reformprogramm zustimmen könnten. Die Kampfformen des MIR sind vielfältig: Das MIR verbindet direkte Massenaktionen mit verschiedenen Formen passiven Widerstands (Verlangsamung der Kadenz usw.).

Die *KP* versucht in ihrer Konzeption des Widerstandskampfes in erster Priorität alle oppositionellen Kräfte zu sammeln und die Aktionen auf die dringlichsten Fragen zu konzentrieren, so dass eine Koalition mit der ganzen Christdemokratischen Partei möglich werden soll, um wieder zu einer parlamentarischen Demokratie, allerdings ohne die Faschisten, zu gelangen. Im Rahmen dieser Strategie verurteilt die KP jede direkte Aktion als «abenteuerisch». Sie hofft, genügend Unterstützung zu finden, um auch den rechten Flügel der Christdemokraten sowie dissidente Generale und Offiziere hinter sich zu bringen.

Die *Sozialistische Partei* und andere Gruppen schwanken zwischen diesen zwei Positionen. Die Linkssozialisten neigen zur Linie des MIR, die Rechtssozialisten zu jener der KP.

Der Widerstand lebt weiter in einem Land, wo sich die sozialen Unterschiede zwangsläufig verschärfen, währenddessen die internationale Isolation zunimmt. Die Spannungen wachsen und entwickeln sich in Richtung Wachablösung, vielleicht früher, als wir glauben, zu einem Volksaufstand.

Gern gesehene Chilenen in der Schweiz

«In den Jahren 1972/1973 haben sich verschiedene Persönlichkeiten der chilenischen extremen Rechten in Genf aufgehalten, wo sie oft die Kleins (Besitzer der Bank für kontinentale Handelsbeziehungen mit Hauptsitz in Genf und bedeutender Familien-Clan der chilenischen extremen Rechten) und andere Bankiers getroffen haben. Frei selbst ist im Februar, März und Juli 1972 und im Januar 1973 in Begleitung der Kleins in Genf gesehen worden. Orlando Saenz, Präsident der Sociedad de Fomento Fabril (SOFOFA), der chilenischen Unternehmerorganisation, befand sich kurz vor dem Putsch in der Schweiz, um seine Freunde im Bankenmilieu zu mobilisieren. Saenz ist ein wichtiger Führer der chilenischen extremen Rechten, die sich in der faschistischen Bewegung ‹Vaterland und Freiheit› sammelt. Andere chilenische Faschisten haben nach dem Putsch (in der Schweiz) Karriere gemacht. Zum Beispiel: Herrera Gonzales, ehemals Polizeichef, dann zwangsbeurlaubt durch die Regierung Allende, ist heute chilenischer Botschafter in Bern. Ironie des Schicksals! Wen findet er wieder in der Schweiz! – Seinen ehemaligen ‹Patron›: Nathanaël Davis. Dieser Philanthrop war während der Vorbereitung des Putsches Sonderabgesandter von Kissinger in Santiago. Seit 1975 ist er nun Botschafter der Vereinigten Staaten in Bern.»

Zitiert aus: «Une Suisse au-dessus de tout soupçon», Seuil, Paris 1976

«Die organisierte Demontage der chilenischen Kultur»

Ein Bericht über die Situation an den chilenischen Hochschulen, «das konzept» Nr. 4/76, April 1976.

Erhältlich gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei der Redaktion.

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:

gratis **kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reisepartner oder eine Reisepartnerin suchen.**

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern sowie Chiffre-Inserate können allerdings nicht angenommen werden. (Wir verweisen dafür auf unsere günstigen Kontakt- und Kleinanzeigen in der Rubrik «treffpunkt».)

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte; jede Zahl gilt als 1 Wort. Längere Inserate werden gekürzt. Name und Adresse nicht vergessen! Inserat, mit 40 Rappen frankiert, einsenden an **«das konzept», Reis mit, Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Einsendeschluss für die Juninummer: 28. 5. 76.**

Ich (21) suche Reisepartner(in) für 4–6 Wochen (Juli/August) quer durch **Griechenland** und evtl. **Türkei.** Freude am Photographieren erwünscht. Reiseart: Zug, Bus, Zelt. Adrian Kunz, Bodenackerstr. 10, 4657 Dulliken.

Zwei Mädchen (19) suchen Mitfahrgelegenheit (in Auto) mit Benzinkostenbeteiligung nach **Schottland, England** oder bis **Atlantikküste.** Abfahrtsdatum: ca. 3.–10. Juli. Franziska Strub, Brunnackerstr. 329, 4652 Winznau.

Wer kommt mit? Ich reise ca. am 2. 6. 76 von Olten ab über **Amsterdam** nach **Stockholm** mit einem R 4. Wir teilen uns einfach die Benzinkosten. Christian Hedinger, Neumattweg 15, 4802 Strengelbach.

Mexican Student wishes to stay one week at a local home in Switzerland and offers one week stay at her apartment located in the south residental part of **Mexico-City** (1977). Contact: Lia Gonzalez, Obrero Mundial 834, Mexico 13, D. F.

Wir, meine Freundin, 18, und ich, 19, fahren nach **Griechenland.** Wer hätte noch Platz in seinem Auto? Kostenbeteiligung selbstverständlich. Start: Anfang Juli. Daniel Kurz, 3088 Rüeggisberg BE. Tel. (031) 80 03 21.

Gesucht wird ein fröhlicher Ferienkamerad (19jährig) von gleichaltrigem Stift. Unsere abwechslungsreichen Ferien werden wir vom 23. 7. bis 6. 8. 76 in **Figareto (Korsika)** oder in **Kerkennah (Tunesien)** verbringen. Schreibe an: Christian Müller, Kentuckystrasse 23, 5734 Reinach.

Suche junge Reisepartnerin für ca. 4wöchige Reise mit Auto und Hund nach **Marokko** im September/Oktober. Ziel: Atlasgebirge, ca. 80 km ab Marrakesch, mit viel Ruhe und Natur. Matthias Geissler (23), Chalbisau, 8811 Hirzel.

Ich fahre am 5.8.1976 (± 1 Tag) nach **London** und am 4.9.1976 (± 1 Tag) zurück. Es sind noch drei Plätze in meinem Wagen frei für Mitzahlende (-fahrende). Auskunft durch Meier, Tel. (01) 23 28 52.

E 23jährigi, sunnehungrigi **Wasserratte** möcht für 3–4 Wuche vom 30. August a irgendwo uf der Welt en Strandbummel mache, däbi eifach läbe, gnüsse und luege. Wen gluschtets? Elisabeth Spörri, Grüngasse 3, 8004 Zürich.

Ex-Student, 38, mit Auto, Motorrad, Zelt, sucht jungen, unkomplizierten Reisegefährten für **Nordland- od. Marokkoreise** (evtl. auch anderes Reiseziel), 26. Juli–15. August. Ernst Wyser, Gubelstrasse 19, 6300 Zug.

Suche Reisebegleiter(in) für eine Reise **über Land nach Indien/Südostasien.** Dauer: 6–9 Monate, Start ca. August 76. Wenn Du ähnliche Pläne hast, schreibe an Franz Kurer (25), Hübelistr. 19, 4600 Olten, (062) 21 09 59.

Möchte von Juli bis Oktober 76 durch S.-A. reisen – **nördl. Brasilien, Kolumbien, Peru, Bolivien.** Suche dafür «kumpeligen» Reisegefährten(-in). Ich, 26 J. weibl., plane diese Reise mit Rucksack u. öffentl. Verkehrsmitteln u. suche Kultur u. Natur gleichermassen: Elisabeth Becker, Maustr. 29, 8 München 2, BRD.

Ich (20) suche Reisepartner(in) für eine 2- bis 3monatige **Mittelmeerreise.** Ziele: noch nicht festgelegt. Zeit: ab Ende Juni. Walter Hegnauer Junior, Hübschern, 8932 Mettmenstetten.

Mir zwöi – ä Studäntin u ä jungi Lehrere – sueche zwe unkomplizierti Reisekamerade, wo mit is wette ds Schöne vo **Skandinavie oder Irland** cho entdecke (Summer 76). Tel. (073) 22 79 34.

Suche Reisekameradin für eine **Inter-Rail-Reise** im Juli oder August. Ich möchte vor allem **Landschaften und Leute kennenlernen.** Adresse: Odette Feissli (stud., 22), Erligatterweg 3, 8038 Zürich, Tel. (01) 45 38 15.

Suche Reisepartnerin(nen) für einen Inter-Rail-Trip quer durch das **mittlere und nördliche Europa.** Termin: Juli/August. Auskunft: Claudia (20), Tel. (01) 64 11 43, abends.

Suche Reisepartner(in) für einen Inter-Rail-Trip durch das **nördliche Europa.** Termin: August/September. Eigene Wünsche werden berücksichtigt. Auskunft: Jürgen (20), Tel. (01) 32 07 11.

Gesucht: Reisebegleiterin für VW-Bus-Reise nach **Polen.** Anfang August, für ca. 5 Wochen. Bedingung: Du solltest notfalls ein Rad am Auto selbst wechseln können. Peter (25), (01) 23 93 55.

Suche Begleiter(in) für Flugreise nach **Persien oder Albanien.** Anf. August. Dauer ca. 2 Wochen. Konkrete Pläne für beide Projekte vorhanden. Jo Martin (23), Postfach 22, 5430 Wettingen, Hauptpostamt.

Suche günstige **Mitsegelgelegenheit auf hoher See.** Zeit: Zwischen 5. Juli und 22. August. Beat Marty, Bahnhofstr. 79, 6430 Schwyz.

Welches Girl bis 20 J. hätte Lust, **Finnland** kennenzulernen? Zeit vom 2. bis 24. Juli. Wenn du Interesse hast, so schreibe an: Fred Koch, Waldmannstr. 39/j 4, 3027 Bern.

Bremer (24), soeben von längerer Amerika-Tour zurückgekehrt und schon wieder reisehungrig, sucht Partner(in) für 12- bis 18monatige **Fahrt durch Afrika** (Ende 1976/Anfang 1977). VW-Bus u. Geld vorhanden. Gerd Pickener, Korbekkerstr. 11, 2820 Bremen 70 (BRD).

Welches Mädchen möchte mit mir (Lehrer, 29) im Juli für 3–4 Wochen **irgendwohin** in die Ferien fahren? Zeit und «Grashüpfer» habe ich; die Pläne machen wir gemeinsam. Niklaus Gfeller, Haldenstr. 50, 4950 Huttwil, (063) 4 28 37.

Primarlehrerin, 22, sucht Reisebegleiterin für 17.–25. Juli. Reise: SSR **Spanien, Jugoslawien oder Frankreich.** Helene Schneider, Kanzleistr. 4, 8303 Nürensdorf, 836 65 83.

Italian student seeks a group of students that intend travel along an **European or African coast** with bus and tent. I'm interested to join them if still imcomplete. Time: one month, July or September. Write to: Faustinelli Fiorenzo, Via S. Mansueto 5, 20136 Milano, Italy.

	bei Expl.	DM pro Seite
DISSERTATIONEN	70	3.30
druckt exzellent von DIN A4-Vorlage	100	3.45
auf DIN A5-Format	150	3.65
BÖNECKE	200	3.80
	300	4.25

3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525
Frachtverbilligung
Raster billigst!
Angebot anfordern

Kontaktinserate in «das konzept» sind sehr preisgünstig und erreichen ca. 40 000 kontaktfreudige junge Leser.

treffpunkt

BE: Student (24) sucht **hübschen, sportlichen Freund** zum Aufbau einer Körper und Geist einbeziehenden Dauerfreundschaft. Bildzuschriften (100% Diskretion) an Chiffre 2143, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Ferien machen, ein Bier trinken gehen, Musik anhören, gut kochen, plaudern und zärtlich sein! Für all dies suche ich (Stud., 26 J.) **charmante, intelligente junge Frau!** Kleiner Brief und Photo an Chiffre 2142, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

25jähriger Student hat immer noch Schwierigkeiten in der Liebe. Welche erfahrene Frau kann mir helfen? (Raum Ostschweiz.) Chiffre 2115, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Welche engagierte, hübsche und **einfühlsame Frau** (24–30) hilft psychisch etwas angeschlagenem Nichtakad. (30/183/65) aus seiner momentanen Isolation? Zuschriften an Chiffre 2071, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH: Biologe (31/176), gut aussehend, möchte mit **unkomplizierter Eva** differenzierte Sinnlichkeit pflegen. Keine Verpflichtungen, Diskretion erw. Beantworte jede Zuschrift. Chiffre 2070, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BE/FR: Doktorand (31/175/70), bi, sucht schlanken, bartlosen, sehr verschwiegenen Boy (20–30) für geistig-emotionale Kontakte. Absolute Diskretion. Bildzuschrift unter Chiffre 2069, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Region Bern. **Student sucht zuverlässigen, liebenswerten Freund**, der mit ihm die Freizeit teilen möchte. Dein Brieflein m. Photo erreicht mich unter Chiffre 2075, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FLOHMARKT

Wohngemeinschaften Kauf/Verkauf

Verkaufe **paradiesisches Bauernhaus** an touristisch unerschlossener Küste Andalusiens, am Fuss der Sierra Nevada (Ski fahren). Denke an Wohnkollektiv, da sehr viel Raum. Sofort, billig. (01/34 14 28)

Aufgeben von Kleinanzeigen:

Preis: bis 30 Worte 12 Fr., bis 60 Worte 24 Fr.; für Chiffreinserate 3 Fr. Zuschlag.

Text mit Schreibmaschine oder Blockschrift sauber auf ein Blatt schreiben, Name und Adresse beifügen und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich; Betrag auf Postscheckkonto 80-1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat ‹das konzept›» bzw. «Kleininserat ‹das konzept›» auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Das Inserat erscheint nach Überweisung des Betrages. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen. Einsendeschluss wie für Inserate (siehe Impressum).

Ihre **DISSERTATION**
druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin
Ruedi Gysin AG Haus der Reprografie
Im eisernen Zeit 31, 8057 Zürich, Telefon 01/60 16 66
Filiale 8050 Zürich-Oerlikon:
Hugostrasse 2 / Ecke Schwamendingenstrasse, Telefon 01/46 22 33

Sensitivity training
26.–30. Juni 1976, NE-Jura

Praktische Gruppendynamik
3.–9. Juli 1976, NE-Jura

Abgestufte Teilnahmekosten. Unterlagen bei Félix Lienert, dipl. psych., 8962 Bergdietikon, Riedwies, Tel. (01) 740 22 28.

SPK: Schweizerische Politische Korrespondenz

Blick in den Nachrichtentrichter

An der Thunerstrasse 32 in Bern hat die unbekannteste und zugleich mächtigste Redaktion praktisch aller kleinen und mittleren Landzeitungen ihren Wohnsitz: die «Schweizerische Politische Korrespondenz» (SPK). Sie beliefert über 200 Blätter mit ihren Artikeln, also mehr als die für viele Leser vielleicht bekannteren Agenturen SDA und DDP. Unter dem Deckmantel einer «neutralen» Agentur verbirgt sich bei der SPK ein Public-Relations-Dienst für die private Wirtschaft und für eine wirtschaftsfreundliche Gesellschaftsordnung.

Spenden halten über Wasser

Im Gegensatz zur SDA und zur DDP, den beiden anderen Nachrichtenagenturen auf dem Schweizer Markt, lebt die SPK nicht nur von den monatlichen Zahlungen der abonnierten Zeitungen, sondern auch von Spenden. Der Hauptteil dieser Spenden stammt von der Wirtschaftsförderung (die das Geld ihrerseits vom Vorort hat), der Rest von anderen Interessierten. «Diese Spenden ersetzen uns den Inserateteil der Zeitungen», erklärte Jäger der «National-Zeitung».

Eine wahre Papierflut – rund 3000 Seiten vierteljährlich – versickert von Bern aus in die verschiedensten Schweizer Regionen und taucht in den diversen Lokalblättchen auf. Eine Wochenbilanz der Inlandmeldungen, des Löwenanteils im SPK-Material, ergibt folgendes Bild:

- Ein knappes Viertel stammt aus dem staatlichen Bereich, so Verlautbarungen von Verwaltungen, Behörden und aus dem Parlament zu verschiedenen Themenbereichen. Politik heisst also für die SPK in erster Linie offizielle Politik im traditionellen staatsbürgerlichen Verständnis.
- Rund ein Drittel entfällt auf die «Wirtschaft»; im Fall SPK bedeutet das meist Eigeninformationen von Firmen und Branchen: Der Verband der Textilindustriellen berichtet über die Textilindustrie, die Landwirtschaftslobby äussert sich zur bevorstehenden Kirschenernte . . .
- Der Rest kommt aus verschiedenen Bereichen wie Kirche, kulturelle Institutionen und auch Parteien – wenigstens von bürgerlichen. Linksparteien und Gewerkschaften finden den Weg in die SPK-Berichte sehr selten und dann nur höchst offiziell bei Wahlen, Petitionen, Initiativen und Parlamentsberichten. Im Gegensatz zur SVP, deren Stellungnahmen jeder Art die SPK eilfertig verbreitet.

Weisswäscherei

Je mehr man sich in das SPK-Material vertieft, desto klarer zeigt sich, dass die SPK über weite Strecken weniger eine herkömmliche Nachrichtenagentur ist als ein Public-Relations-Dienst (PR) für die private Wirtschaft und eine wirtschaftsfreundliche Gesellschaftsordnung. Gegenüber den eigentlichen PR-Diensten besitzt die SPK einen kaum bezahlbaren Vorteil: Bei ihren Artikeln glauben die Zeitungsredaktoren (und die Zeitungsleser), einen Nachrichtendienst vor sich zu haben und nicht im Auftrag geschriebene PR-Artikel. So ist der SPK-Dienst denn voll von gefälligen Artikeln über Firmen und Branchen: *Guter Abschluss der Assista AG/AMAG verkaufte mehr Personenwagen/Die Jubiläumsspenden der «Winterthur»-Versicherungen/Begehrte Bührle-Publikumsaktien/Schweizer Hotellerie hat Zukunft . . .*

Die SPK sorgt mitunter auch für den Weitertransport von Artikeln, die in andern Pressediensten bereits erschienen sind, dort jedoch leicht als parteigebunden und interessenbestimmt identifiziert werden können. Die SPK druckt derartigen hausgemachten PR-Notizen ihren Nachrichtenagenturstempel auf – und schon erscheinen sie als weissgewaschene Zeitungsartikel.

Das *Redressement National* sowie weitere Kampforganisationen der «Bewahrer» in der Schweiz (z. B. das *Forum Jugend und Armee*, das *Schweizerische Ostinstitut)* werden dabei regelmässig berücksichtigt. Favoriten für die beschriebenen SPK-Umformungen sind allerdings Artikel und Stellungnahmen der Wirtschaftsförderung und von deren Filialen (Radio und Fernsehspiegel, Jugend und Wirtschaft). Nicht zufällig, denn im Gegensatz zu SDA und DDP, den beiden andern Nachrichtenagenturen auf dem Schweizer Markt, lebt die SPK nicht nur von den monatlichen Zahlungen der abonnierten Zeitungen, sondern auch von Spenden, wobei die Wirtschaftsförderung besonders oft und tief in die Tasche greift. *«Diese Spenden ersetzen uns den Inserateteil der Zeitung»*, erklärte SPK-Direktor Jäger der «National-Zeitung». Bei Zeitungen machen die Inserateneinnahmen 50–80% aller Einkünfte aus – je nach Grösse der Zeitung.

Unsere Nachrichtenlieferanten

Das sind die wichtigsten in- und ausländischen Nachrichtenlieferanten, Unternehmen also, die Nachrichten zentral sammeln und diese per Post oder Telex an die einzelnen Zeitungen verschicken.

SDA Schweizerische Depeschenagentur
DDP Deutscher Depeschendienst
SPK Schweizerische politische Korrespondenz
Si. Sportinformationen
EPD Evangelischer Pressedienst
Kipa Katholische Internationale Presseagentur
FKD Freier Korrespondenzdienst (Schweiz. Ostinstitut)
SFD Schweizerischer Feuilletondienst
SFP Schweizerische Freie Presseinformation (FDP)
LID Landwirtschaftlicher Informationsdienst
gk Gewerkschaftskorrespondenz
wf Wirtschaftsförderung (Vorort)
UPI United Press International
AP Associated Press
AFP Agence France Presse
DPA Deutsche Presseagentur
R Reuter

SPK-Schreiber findet man auch in einschlägigen Publikationen wieder. In den Zeitschriften der Grossbanken (etwa dem *«Monat»* des Bankvereins oder dem *«Bulletin»* der Kreditanstalt) oder der *«Ciba-Geigy-Zeitung»* findet die SPK stets einen passenden Aufsatz, der sich für eine zusammenfassende Meldung oder einen Kommentar eignet.

Ein (Leser)volk von Aktionären?

Nichts gegen eine umfassende Berichterstattung über wirtschaftliche Vorgänge, dann aber unter Berücksichtigung der Interessen und Gesichtspunkte der grossen Mehrheit der Zeitungsleser, und das sind Lohnabhängige. Die SPK jedoch schreibt ihre Meldungen über einzelne Firmen oder Branchen so, als ob ihre Leser nur Aktionäre und Manager wären. Sie berichtet von Bilanzen und Dividenden und Zukunftsperspektiven. Dabei meint sie selbstverständlich die Perspektiven für die Unternehmer, nicht für die Arbeiter. Man spricht nicht von den konkreten Schwierigkeiten der Arbeitslosen, sondern sehr abstrakt von den Schwierigkeiten, die der Arbeitsmarkt zu bewältigen habe.

«Bern, spk. Entlassungen sind immer mit Härten verbunden. Aber sie können unausweichlich werden, wenn es gilt, den Betrieb auf ein neues, den effektiven Marktverhältnissen entsprechendes Betriebsgrössen-Optimum zu redimensionieren . . .» Und wenn die Unternehmer «redimensionieren» – zu deutsch: Arbeiter auf die Strasse stellen –, so wird das im SPK-Jargon als schicksalhafter Zwang, als unausweichliches Muss, also als scheinbar einzige Lösung dargestellt. *«. . . sah sich gezwungen, Arbeiter zu entlassen»*, *«. . . dass geschlossen werden muss»*, solche Formulierungen verschleiern die wirtschaftlichen Gesetzmässigkeiten. Die Wirtschaft erscheint als schicksalhaftes, launiges Gefüge. Das hört sich dann wie ein Wetterbericht an: *«Lugano, spk. Am lange Jahre heiteren Tessiner Wirtschaftshimmel sind düstere Wolken aufgezogen . . .»*

«Könnten Sie nicht mal?»

Mitunter erhält die SPK-Redaktion auch einen diskreten Wink mit dem Zaunpfahl. Zum Beispiel von einem Ehrenmitglied des SPK-Vereins, zusammen mit einem Zeitungsausschnitt: *«Wäre es nicht am Platze, diesen Artikel als Ausgangspunkt für einen Angriff gegen die Linke zu benutzen? Im neuen Parteiprogramm der Sozialdemokraten trieft es nur so von Phrasen wie gerechte neue Verteilung von Einkommen und Vermögen und Stabilisierung der Preise . . .»* Es war am Platz.

Merke: *«In einer direkten Demokratie ist es besonders wichtig, dass der einzelne Bürger mit den Anliegen und Problemen der verschiedenen Wirtschaftszweige vertraut gemacht wird»* (aus einem SPK-Artikel). Das sind nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Anliegen. *«Unsere Aufgabe ist es, die politischen Voraussetzungen für eine liberale Wirtschaft zu verteidigen»*, erklärte SPK-Direktor Jäger. Und seine Redaktion wies er an, *«die bürgerliche Politik positiv zu beleuchten und die negativen Seiten der sozialistischen Staatswirtschaft zu kommentieren»*.

Iwan der Schröckliche

Die SPK versteht sich zwar als Nachrichtenagentur, die alle Länder, die für die Schweiz politisch und wirtschaftlich von besonderer Bedeutung sind, publizistisch erfasst. Überblickt man aber den aussenpolitischen Output der Berner Agentur, so stellt man bald einmal einige geographische und thematische Schwerpunkte fest, die handfeste Interessen vermuten lassen: Vor allem interessieren die SPK nämlich diejenigen Länder, welche im Begriff sind, sich aus kolonialer Bevormundung zu befreien, Länder, in denen auf dem Boden sozialer Ungerechtigkeit politische Bewegungen entstehen. In all diesen Fällen wissen aber SPK-Korrespondenten meist nur eines mit Bestimmtheit: Überall hat Moskau die Finger im Spiel:

Nicht nur in fernen Ländern der dritten Welt, auch hier und heute ist Moskau präsent: *«Kommunistische Regierungen (haben) die Hand mit im Spiel des internationalen Terrorismus.»* Gegen diese drohende Gefahr aus dem Osten muss das Bürgertum ideologisch und militärisch aufrüsten. So schlägt denn die SPK überall auf die Pauke und wirft alles in denselben Topf, wo immer sie Gelegenheit findet. Sie weiss mit Schauermärchen aus dem Osten von einem «Expertenbericht einer Kommission für atheistische Propaganda», dann wieder legen irgendwelche Umstände dem SPK-Redaktor die Vermutung nahe, dass . . .

SPK-Eintopf – liebevoll garniert

Das Nachrichtensystem der SPK ist recht undurchsichtig, das Argumentationsgebäude oft ein Kartenhaus, und die Quellen der Information sind vielfach unbestimmt. Nicht auf wackeligen Füssen steht die SPK jedoch in finanzieller Hinsicht. Die SPK weiss, was sie ihren Gönnern schuldet, und stellt den Wirtschaftsverbänden ein System zur Verfügung, das ihre Selbstdarstellung reibungslos über die verschiedenen Kanäle an die Leser bringt. Die publizistischen Aktivitäten der SPK-Redaktion Bern tragen schliesslich dazu bei, dass in allen Regionen der Schweiz wirtschaftsfreundliche Öffentlichkeitsarbeit geleistet wird. Denn all die mittleren und kleineren Zeitungen (vor allem jene rund 80, deren einzige Informationsquelle die billige SPK ist) haben kaum eine andere Wahl, als die historisch-politischen Betrachtungen und Ereignisse der grossen SPK unverändert an die Leser weiterzuvertreiben.

Nun müssen sie ja nicht jedem vor Augen führen, dass ihre Produkte alle in der gleichen Küche gewürzt wurden. So erscheinen denn lange nicht alle Berichte unter dem Firmenschild «spk». Oft sind sie nur mit dem Namen des betreffenden SPK-Redaktors unterzeichnet, und zwar in vielen Variationen. Thomas Immoos, Th. I., etwa meldet sich in den Kleinstzeitungen als «unser Korrespondent» aus dem Fernen Osten, und der Leser kann stolz sein auf sein Regionalblättchen mit dem «eigenen» Berichterstatter, der die übrigen (SPK-) Meldungen so überaus sinnvoll ergänzt . . . *Arbeitsgruppe Medienkritik*

«Von unserem SPK-Korrespondenten in . . .»

Josef Jäger: SPK-Direktor
Dr. F. W. Schlomann: Österreich, Jugoslawien, UdSSR
Hans Kanitz: Kirche
Jacques Baumgartner: Portugal
Haim Mass: Nahost
Dr. O. K. Arie: Grossbritannien
Paul Keller: OECD, KSZE
Franz Zust: Uganda, Nato, Palästina, KSZE
Julius Dresner: Italien
Thomas Immoos: Indochina
Kurt Felix: DDR, Tschechoslowakei
Alphonse Max: Lateinamerika
Rolf Sigrist: Bundeshaus
Marmaduke Rowe: Afrika (Südafrika, Angola usw.)

SPK – Wer steckt dahinter?

Der Hauptsitz der SPK befindet sich an der Thunerstrasse 32 in Bern, die Wirtschaftsredaktion an der Usteristrasse 23 in Zürich. SPK-Präsident ist im Moment der FDP-Ständerat *Ulrich Luder*, Direktor der «Solothurner Zeitung». Als SPK-Direktor amtet seit 1958 *Josef Jäger*, der 1947 zur SPK gestossen war und gerne Direktor der Wirtschaftsförderung geworden wäre. Chefredaktor ist seit dem 1. November 1975 *Anton Stadelmann*, Major bei Heer und Haus, früher Chefredaktor bei der inzwischen eingegangenen *«Neuen Berner Zeitung»* (SVP), nachher bei der Zürcher Public-Relations-Agentur Rudolf Farner als Vizedirektor der *«Aktion Freiheit und Verantwortung»*.

Die SPK wurde 1917 als Verein gegründet und hiess damals *«Mittelpresse»*. Anlass war die berühmte Spitteler-Rede über den Graben zwischen Deutschschweiz und Welschland. Die nationale Einigung hatte die SPK von allem Anfang an auf ihre Fahnen geschrieben – besonders stark indessen in den 30er Jahren, als führende «Mittelpresse»-Männer auch im reaktionär-faschistischen *«Bund für Volk und Heimat»* politisierten.

«Die Aufklärung und Zusammenführung der national gesinnten Volkskreise zur Abwehr wesensfremder, staats- und wirtschaftsgefährdender Tendenzen» zählte die SPK auch noch 1960 in ihren Statuten auf. Erst 1974 passte sie die Formulierung des Vereinszweckes und der publizistischen Grundhaltung dem gewandelten Sprachgebrauch an.

«Die SPK bekennt sich zu den in Geschichte und Staatsbewusstsein wurzelnden geistig-sittlichen Grundlagen der Schweiz und damit zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und seiner föderalistischen Struktur.»

echo

Keine Geschlechtshaftung, bitte

«Frauen aller Länder . . .» – «das konzept» Nr. 3/76, März 1976

Mit Ernest Bornemanns «Das Patriarchat» hat Klara Obermüller eines der wichtigsten neuen Bücher vorgestellt, sympathisierend und klar, aber etwas zu oberflächenglatt. Gerade bei grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem Autor sind kritische Anmerkungen nötig. Bornemann erfüllt seinen Vorsatz *«Was ‹Das Kapital› für die Arbeiterbewegung getan hat, soll ‹Das Patriarchat› für die Frauenbewegung liefern: eine historische Perspektive, eine wissenschaftliche Orientierung, eine Waffe im täglichen Kampf»* leider nicht ganz. Immer wieder unterlaufen ihm Schnitzer, mit denen er dann in Widerspruch zu seiner eigenen Ansicht gerät, dass es im Kampf um die Befreiung der Frau zugleich um die Befreiung beider Geschlechter von Ausbeutung und Unterdrückung geht.

Anhand einer beeindruckenden Materialfülle zeigt der Autor ja gerade auf, in welchem wirtschaftlichen Bedingungsrahmen aufgrund der Umweltveränderungen (Klimawechsel Eiszeit/Warmzeit etwa) sich mit dem Wechsel Jagd/Viehzucht/Sammler/Ackerbau auch der sexuell- und juristisch-gesellschaftliche Überbau gewandelt hat. Der revolutionäre Wechsel von der matristischen, friedlichen Gesellschaft zum Patriarchat (inkl. seiner Kriege) war eine historische Notwendigkeit, ebenso wie die Entwicklung Feudalismus–Kapitalsmus.

Aber eben: Ärgerlich sind die Stellen, an denen Bornemann diese historisch-ökonomischen Bedingtheiten «vergisst» und entgegen seinem Ansatz auf die Ebene der Schuldfrage gerät und suggeriert, die Männer hätten einfach die Macht ergreifen wollen («Putsch») und seien, quasi von Natur aus, kriegerisch, zerstörerisch, ausbeutend. Hier verfällt er einem männlichen Schuldkomplex, der unterschwellig auf Geschlechtshaftung, analog der Sippenhaftung, herauskommt, ganz entgegen seinem Ausblick auf das, was heute zu tun ist. Das Buch von Bornemann ist gut und notwendig; was ihm gefehlt hat, ist ein Verlagslektor, der den Autor auf seine Schnitzer aufmerksam gemacht hat – «Das Patriarchat» ist ein verhindertes «Kapital II». Aber zu dem könnte es werden, mit einigen Korrekturen. Solche Differenzierungen sind anzubringen, weil dieses Buch so wichtig ist. *B. Neubaur*

Bei einer Schwangerschaft

geht es immer um Leben; aber nicht nur um das vielbeschworene ungeborene, es geht zuallererst um das Leben der betroffenen Frau.

«das konzept» hat zusammen mit der «infra» Zürich sein Merkblatt für Frauen, die Information betreffend Empfängnisverhütung und Schwangerschaft brauchen, erweitert und die Adressen auf den neuesten Stand gebracht. Schriftliche Anfragen für Pillenlisten und auch in aussichtsloseren Fällen sind zu richten an: «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Couvert bitte nicht vergessen!

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Geschichte der Schweiz

Robert Grimm, der 1881 geborene Arbeiter-Gewerkschafter (während 44 Jahren Nationalrat und Vorkämpfer der Arbeiterklasse), hat seine Gefangenschaft wegen seiner Organisationsarbeit zum 1918er Landesstreik gut genützt und eine Geschichte der Schweiz geschrieben; eine andere allerdings als die, welche in den grossen und schönen Helden-Geschichtsbüchern geschrieben wird: Eine Geschichte der schweizerischen Klassenkämpfe. Dem Limmat-Verlag Zürich ist es zu danken, dass dieses 1920 erstmals erschienene Buch wieder einer breiten Leserschaft zugänglich ist (Postfach 634, 8034 Zürich, 19 Fr.).

. . . Man könnte auch sagen: die Freiheit, die sie *nicht* meinen! Sie – damit sind die Behörden in unserem Land gemeint. Und mit der Freiheit ist gemeint das Mass an kritischem Bewusstsein, das bei einem Lehrer tragbar ist. Darüber berichtet das «Weissbuch über die Repression gegen Lehrer in der Schweiz».

So stellt die Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft (GKEW) ihre neue Broschüre vor. *«Die Freiheit, die sie meinen»* ist die aktuelle Ergänzung zum bereits erschienenen «Weissbuch über die Repression gegen Lehrer in der Schweiz». Beide Broschüren können für 8 Fr. bzw. 5 Fr. bezogen werden bei: GKEW, Fachgruppe Erziehung, Postfach 202, 3000 Bern 8.

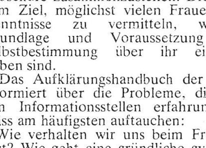
Nicht vergessen: Dazu gehört der «konzept»-Report über Lehrerentlassungen in der Schweiz *«staatstreu, loyal und vaterländisch»* aus der Aprilnummer des «konzept». Nebst Material aus der GKEW-Broschüre hat die Redaktion mit vielen Zusatzrecherchen die Situation in Schweizer Schulen nachgezeichnet. Ein Muss für politisch Interessierte! Einzelnummern bei Redaktion «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich (1.50 Fr. in Briefmarken).

«Cultrun»

In der neusten Nummer (5) der Lateinamerika-Zeitschrift «Cultrun» ist ein Kapitel aus dem neusten Buch des amerikanischen Professors *J. Petras* über das chilenische Wirtschaftssystem abgedruckt (vgl. seinen Artikel in dieser Nummer von «das Konzept»). Neben weiterem findet sich darin eine Analyse Kubas, 17 Jahre nach der Revolution. Zu beziehen bei: F. Guggenheim, Reginastr. 29, 8038 Zürich.

Was wir Frauen wissen müssen . . .

«Wir haben die Erfahrung gemacht, dass viele von uns Frauen schlecht und flüchtig über unsern Körper, über Verhütung, über Krankheiten usw. informiert wurden und werden.» Dies sagen die Frauen der Gruppe INFRA der FBB Bern nach gut einjähriger Arbeit in ihrer Kontakt-



und Informationsstelle; und sie haben bereits ihre Konsequenzen gezogen: In Anlehnung an aus der BRD bekannte Aufklärungsschriften der deutschen Frauenbefreiungsbewegung versuchten sie, eine leicht verständliche, gleichzeitig nicht allzu umfangreiche illustrierte Broschüre zusammenzustellen. Dies mit dem Ziel, möglichst vielen Frauen die Kenntnisse zu vermitteln, welche Grundlage und Voraussetzung zur Selbstbestimmung über ihr eigenes Leben sind.

Das Aufklärungshandbuch der FBB informiert über die Probleme, die bei den Informationsstellen erfahrungsgemäss am häufigsten auftauchen:

- Wie verhalten wir uns beim Frauenarzt? Wie geht eine gründliche gynäkologische Untersuchung vor sich?
- Welche Verhütungsmittel sind empfehlenswert? Welche Nebenwirkungen haben die verschiedenen Methoden der Empfängnisverhütung?
- Wie wird eine Schwangerschaft frühzeitig erfasst? Wohin muss sich eine Frau wenden, wenn sie zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch kommen will? Wie wird eine Schwangerschaft abgebrochen?
- Ein kurzes Kapitel über die Frühsymptome der häufigsten Geschlechtskrankheiten.

Das Aufklärungshandbuch ist ein Mittel zur Selbsthilfe. Es ist zu beziehen bei: INFRA, Postfach 1471, 3001 Bern (für 2.50 Fr.).

Der Tages-Anzeiger lässt Sie mit Ihren Büchern nicht allein.

TAGESANZEIGER

Tages Anzeiger MAGAZIN

Überparteiliche schweizerische Tageszeitung

Verstehen Sie uns recht: Wir haben nichts gegen Bücher. Einige Mitarbeiter des Tages-Anzeigers schreiben ja selber welche. Bichsel, Loetscher, Federspiel und wie sie alle heissen.

Wir meinen nur, eine gute Tages-Zeitung braucht man, um jenen Teil der Welt, der noch nicht zu Büchern geworden ist, besser zu verstehen: die Gegenwart.

Und darüber berichtet der Tages-Anzeiger ziemlich umfassend. Da hat die Politik ihre Seiten, und das Lokalgeschehen, die Wirtschaft, der Sport, die Kultur haben die ihren. Ein Magazin am Wochenende nimmt frisch und unvoreingenommen zu Fragen der Zeit Stellung. Und was in Zürich los ist, erfahren Sie selbstverständlich auch.

Unsere Zeitung gehört keiner bestimmten politischen Richtung an – das möchten wir Ihnen ebenfalls sagen. Und das hat den Vorteil, dass darin alle Richtungen zu Wort kommen und man Gegner und Freunde genau kennenlernt.

Zum Schluss müssen Sie noch wissen, dass es bei uns den Studentenrabatt immer noch gibt: 30%. Und es wird ihn geben, solange Sie immatrikuliert sind.

Coupon

Ich möchte gerne eine Zeitung kennenlernen, die mir nach wie vor einen Studentenrabatt von 30% gewährt.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- ☐ *monatlich Fr. 6.45*
- ☐ *vierteljährlich Fr. 18.55*
- ☐ *halbjährlich Fr. 36.75*
- ☐ *jährlich Fr. 72.80*

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

7-408

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung
Postfach, 8021 Zürich